

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Vertrag Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 23.

Mittwoch, 28. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 4 mm hohe Wundschritze (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Pencil- und Rahm-Druck, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Strahl der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Weicheltstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Deutschlands Antwort an die Alliierten.

11 Berlin. Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage ist bekanntlich gestern vormittag den Alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

Herr Vorkämpfer!

In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die Alliierten Regierungen, daß sie einwilligen, die Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie versichern die Bereitschaft in ihrer ersten Note angekündigte Mittelung derjenigen Punkte, vor deren Erledigung sie die Räumung einer Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher, möglichste Beschleunigung dieser Mittelung in Aussicht stellen. Am übrigen beschränken sie sich darauf, der Deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die Deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den Alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die Alliierten Regierungen halten die Deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschluß begründet worden. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigungen zu verteidigen. Die Alliierten Regierungen stehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und Lehren aus in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der Deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die Deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1923 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entlassung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die Alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragmäßigen Räumungsstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die Alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Artikel 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene stufenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrags widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestalte es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die Alliierten Regierungen die Mittelungen des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.

Geschäftigen Sie usw."

## Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen

Und für eine kurze Uebergangszeit zu einem gewissen Abschluß gelangt. Bei diesen Verhandlungen wurde nicht so wie bei den deutsch-französischen Verhandlungen die Prinzipienfrage der Meistbegünstigung in den Vordergrund gerückt, sondern versucht, die praktischen Meinungsverschiedenheiten in den Einzelheiten der Tarifpositionen auszugleichen. Diese Tarifarbeiten sind in einer Unterkommission von beiden Seiten in vorbildlich sachlicher Weise und in Verständigungsbereitschaft durchgeführt worden. Beide Vertrag schließende Teile haben gegenseitig in einer Anzahl von Kompensationen Zugeständnisse gemacht, aber dies ist von deutscher Seite ausdrücklich unter der Voraussetzung geschehen, daß schließlich auch eine Einigung über die grundsätzliche Frage der Meistbegünstigung erreicht werden würde. Deutschland hat sich für eine kurze Uebergangszeit mit den von Belgien verlangten Ausnahmen von der allgemeinen Meistbegünstigung abgefunden, aber keinesfalls leidenschaftlich auch dafür Ausnahmen zugestanden erhalten. Deutschland hat aber weiter die bestimmte Zusage verlangt,

## Bestärkung der außenpolitischen Lage.

11 Berlin, 28. Januar.

Die Schnelligkeit, mit der die Reichsregierung auf die neueste Mitteilung der alliierten Regierungen geantwortet hat, wird von den politischen Kreisen als ein Beweis dafür angesehen, daß die außenpolitische Lage sich durch die Haltung der alliierten Regierungen in der Frage der nördlichen Rheinlandzone in der bedenklichsten Weise verschärft hat. Man hat in Berlin den Eindruck, daß England und Frankreich in Verfolg ihrer bisherigen Politik der deutschen Regierung, besonders in der Frage der Militärkontrolle, erhebliche Schwierigkeiten machen werden, und daß das Problem der Räumungsfragen noch weitere Konflikte zwischen Deutschland und der Entente hervorzurufen wird. Der Wortlaut der neuen deutschen Note ist von den deutsch-nationalen Mitgliedern des Reichstages ausdrücklich gebilligt worden. Von einiger Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß die deutschen Darlegungen diesmal in einer sehr entschiedenen Tonart gehalten sind, im übrigen aber lediglich eine Fortsetzung der bereits von der früheren Reichsregierung eingeleiteten Protestation darstellen.

Der französische Ministerpräsident Herriot wird in den nächsten Tagen in der französischen Kammer Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben und sich dabei auch über die Räumungsfrage äußern. In den Berliner außenpolitischen Kreisen sieht man der angekündigten Rede Herriots mit großer Spannung entgegen, da man den Eindruck hat, daß unter Umständen die Ausführungen Herriots eine bessere Möglichkeit zur Fortführung der Diskussion bieten könnten, als die letzte Note der Alliierten, in der man nicht die geringste Möglichkeit zu direkten Verhandlungen zu kommen, zu erblicken vermag. Allerdings kann schon jetzt vorausgesehen werden, daß der französische Ministerpräsident die bereits bekannten Beschuldigungen gegenüber Deutschland in verstärkter Form wiederholen wird. Demgegenüber wird voraussichtlich Reichskanzler Dr. Luther Gelegenheit nehmen, in einer hochpolitischen Rede, die er in nächster Zeit zu halten gedenkt, auf die Ausführungen Herriots einzugehen und die französischen Vorwürfe zurückzuweisen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind, wie man aus den Mitteilungen der unterrichteten Regierungskreise entnehmen kann, auf einem Punkt angelangt, wo die Aussichten einer Verständigung ziemlich erschöpft sind. Man hat zu dem verzweifeltesten Mittel einer Ruhepause gegriffen, um zu vermeiden, daß es zu einem gänzlichen Abbruch der Verhandlungen kommt. Das Vertrauen der französischen Industriekreise ist derart groß, daß jetzt jeder neue deutsche Vorschlag von französischer Seite immer wieder als angebliche Sabotage der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen hingestellt wird.

Die deutsche Antwort in Paris eingetroffen.

\* Berlin. Aus Paris wird gemeldet: Die Antwort der deutschen Regierung auf die vorgestern überreichte Entente note ist gestern abend 7,30 Uhr in Paris eingetroffen.

Die Pariser Presse zur deutschen Antwort.

Paris. (Zuspruch.) Die Note der deutschen Regierung über die Nichterfüllung der Abnehmerzone wird von der heutigen Morgenpresse gebührend. Eine Reihe von Blättern, darunter auch das Courrier und der Matin, können sich jedoch nicht enthalten, den vollständigen Text dieses Dokumentes ihren Lesern zu unterbreiten. Der Matin kritisiert die Note und schreibt, die deutsche Antwort schließt einseitige die Polemik ab. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorkämpferkonferenz in etwa 14 Tagen im Besitz des endgültigen Berichtes der internationalen Militärkontrollkommission sein werde und dann den Text des Dokumentes abfassen werde, das Deutschland Befriedigung geben werde, eine Befriedigung, die gewiß durch die Beweise (?) vermindert würde, die der öffentlichen Meinung der Welt davon überliefert werden, daß das Reich nicht in dem Maße abgerückt habe, wie es heute geschehen müsse und wie der Reichsaussenminister es gestern behauptet habe.

daß nach Ablauf der kurzen Uebergangszeit die volle Meistbegünstigung verlangt werden könne. Bei diesem Stand der Verhandlungen wurden diese abgedrohten und die belgische Delegation reiste von Berlin nach Brüssel zurück, um neue Instruktionen von ihrer Regierung einzubohlen. In wenigen Wochen werden aber die Verhandlungen fortgesetzt werden. Es ist eine falsche Darstellung, wenn der „Temps“ behauptet, daß Deutschland den Belgiern die Meistbegünstigung nicht zugestehen wolle.

## Das Aufwertungsgeheim kommt vor den Reichstag.

\* Berlin. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, rechnet man nach den gestrigen Regierungserklärungen im Aufwertungsgeheim damit, daß das neue Aufwertungsgeheim dem Reichstage in drei bis vier Wochen vorgelegt wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsgeheim mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums belassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

## Der Geheimpakt der Deutschen Eisenindustrie.

11 Berlin. Nachdem der Vertrag zwischen den deutschen Eisenindustriellen öffentlich bekannt geworden ist, können wir über die Entstehungsgründe dieses Vertrages das Folgende mitteilen:

Als die Sachverständigen der deutschen eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie im Dezember in Paris mit den französischen Eisenindustriellen verhandelten, stellte es sich heraus, daß die Franzosen die Taktik verfolgten, einen Teil in die einseitige Geltung der deutschen eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie zu streben. Dieser Versuch lag nahe. Während die deutsche eisenverarbeitende Industrie ein Interesse daran hat, daß die elass-lothringischen Kontingente nicht mehr sofrei nach Deutschland gelangen, hat die deutsche eisenverarbeitende Industrie das umgekehrte Interesse, dieses Abheben unter günstigen Bedingungen zu beenden. Diese augenblickliche Situation haben die Franzosen benutzt, um die deutsche eisenverarbeitende Industrie, namentlich in Württemberg, Bayern und Baden, gegen die deutsche eisenverarbeitende Industrie mobil zu machen. Beide Gruppen der deutschen Industrie haben infolgedessen den Pakt abgeschlossen, um den französischen Absichten entgegenzutreten. Deutschland hat das französische Verlangen, der weiteren sofreien Einfuhr der Eisenkontingente nach Deutschland abzulehnen müssen, andererseits aber den tatsächlichen Zustand anerkennen können, daß in Frankreich eine Ueberproduktion an Roheisen besteht. Die deutsche Industrie hat den Franzosen aus dieser Schwierigkeit helfen wollen. Da dies aber im Wege der französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht gut möglich war, wollten die deutschen Industriellen im Wege privater Verhandlungen die Sache ins Reine bringen. Das ist ein vernünftiger wirtschaftlicher Gedanke, der sogar ein großes Entgegenkommen gegen Frankreich bedeutet. Die Franzosen tun Unrecht, wenn sie dahinter irgendwelche deutschen Aufschläge befürchten.

Die deutsche Industrie will also ein Quantum von einigen Hunderttausend Tons Roheisen den Franzosen abnehmen, aber sie verlangt dafür auch, daß die deutsche eisenverarbeitende Industrie mit ihren Erzeugnissen auf dem französischen Markt gelangen kann. Das französische Roheisen soll an die verarbeitende Industrie um Selbstkostenpreis abgegeben werden, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Industrie auf dem französischen Markt den Minimaltarif erhält. Dieser Vorschlag ist also vollkommen loyal und sicherlich kein Dumping gegenüber Frankreich, wie dort behauptet wird.

Im Augenblick hat die deutsche Industrie ein Interesse daran, die elass-lothringischen Eisenkontingente hereinzubekommen, aber auf lange Sicht muß sie doch ihre Eisenkontingente in Deutschland selbst zu finden suchen. Der Einfall der Franzosen in die Ruhr und ihre vielfachen Versuche, an der deutschen Industrie teilzuhaben, hatten ja den Zweck, sich die deutsche Kohlenindustrie zu sichern und damit auch die deutsche eisenverarbeitende Industrie in die Hand zu bekommen. In der Erkenntnis dieser Gefahr hat sich die deutsche eisenverarbeitende Industrie mit der eisenverarbeitenden Industrie zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber Frankreich zusammenschließen müssen.

## Trendelenburg nach Berlin berufen.

\* Berlin. Auf der Tagesordnung der gestrigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß, den Staatssekretär von Trendelenburg nach Berlin zur Berichterstattung zu berufen.

Paris. (Zuspruch.) Eine nouvelle, die sich mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt, weist auf einen inneren Widerspruch hin, in dem sich die französische Delegation im Augenblick befindet und der nicht ohne Bedeutung sei. Das Blatt schreibt, die Verhandlungen scheinen nunmehr paralysiert zu sein. Der Vorschlag des französischen Handelsministers habe eine Abänderung des französischen Zollgesetzes zur Voraussetzung, aber es sei schwierig, den Abschluß eines Vertrages, der sofort in Kraft treten sollte, auf einer Hypothese aufzubauen. Der französische Handelsminister, dessen Entgegenkommen in dieser Angelegenheit man loben müsse, sei doch nicht Herr über die Entscheidungen des Parlamentes. Man sehe sich der Gefahr aus, daß eine Abkündigung der Kammer oder des Senates erfolge, durch die plötzlichen Bestimmungen, die Frankreich und Deutschland in ihrem Vertrag angenommen hätten, nicht die erforderliche Billigung finden würden. Man wolle also das, was die Unterhändler Frankreichs und Deutschlands abgeschlossen hätten, dem Gesetz der Parteien unterordnen.

## Die Note der Alliierten vor Ende Februar nicht zu erwarten?

London. (Zuspruch.) Daily Telegraph schreibt, die Abänderung der Note der Alliierten an Deutschland über die Räumungsfrage könne kaum vor Ende Februar erwartet werden, da zwischen den Alliierten heikle und bedeutende Fragen erwogen werden müßten.



# Derliches und Sächliches.

**Riesa, den 28. Januar 1925.**  
— **Eisenbahnfahrplan betr.** Vom 2. Februar 1925 ab verkehren an Werktagen ein Personenzug 4. Klasse von Driestowitz bis Riesa in folgendem Plane:  
ab Driestowitz 5,14 nachm.  
ab Weißig b. Gr. 5,25  
ab Weißig b. Riesa 5,34  
an Riesa 5,44

— **Vorausichtliche Erhöhung der geschlichen Rente?** Es verlautet, daß voraussichtlich die Rente in Sachsen für Februar von insgesamt 87 Proz. auf 70 Prozent (einschl. Mietzinssteuer) erhöht wird. Eine amtliche Meldung hierüber liegt jedoch noch nicht vor.  
— **Kirchliches.** Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Kirchenvorstandes im amtlichen Teil dieser Nummer geben wir folgendes bekannt. Im Unterschied von den Wahlen zum Reichstag, Landtag und Stadtparlament werden in die kirchliche Wählerliste nur die aufgenommen, die sich mit Revidieren in der Pfarramtstabelle (Vormerkung dort zu holen) anmelden. Der Revidieren muß von dem sich anmeldenden ein e n h ä n d i g unterschrieben sein. Wer sich auf diese Weise zur Wählerliste anmeldet, bleibt in ihr, solange er Mitglied der Kirchengemeinde ist. Einer Neuanschreibung für jede neue Wahl bedarf es also nicht. Die Mitglieder der Kirchengemeinde, die sich bisher noch nicht zur Wählerliste angemeldet haben und sich an der bevorstehenden Wahl beteiligen wollen, werden gut tun, sich sobald wie möglich anzumelden. Der von der kirchlichen Oberbehörde zu bestimmende Termin der Wahl steht noch nicht fest, fällt aber spätestens in den Monat März d. J.

— **Wohltätigkeitskonzert.** Die Ortsgruppe Riesa des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstaltet am Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel Öbpyner ein großes Konzert zum Besten der Eltern 1925 die Schule verlassenden Pils- und Volkswaisen. Dem Konzert, das von der gesamten Reichsbannertruppe ausgeführt wird, folgt ein Auserwählter werden die Dresdner Vortragssänger Hans Stadler und Eugen Kny mit. Inanbetracht des guten Zweckes ist eine starke Beteiligung an der Veranstaltung, die allen Besuchern einige unterhaltende Stunden gewährt, zu wünschen. (S. a. Anzeigenteil.)

— **Preise und Löhne.** Die Eisenbahnorganisationen beschließen die Aufrechterhaltung der bereits bekannten Forderungen und die sofortige Einleitung einer neuen Aktion bei der Generaldirektion der Reichsbahnen. Die Beamtenschaft hat dem Reichskanzler und dem Reichswirtschaftsminister eine Eingabe unterbreitet, in der endlich gesetzliche Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltungskosten verlangt werden, ferner die Festlegung eines gesetzlichen Minimallohnes. Ueber die Forderungen der Beamtenverbände wird das Gesamtkabinett am Wochenende Stellung nehmen.

— **Neue Wendung im Tarifstreit des Bankgewerks.** Wie wir schon erfahren, hat der Reichsverband der Bankleitungen die beiden Schiedsprüche abgelehnt, die am 16. bzw. 21. Januar durch einen vom Reichsarbeitsministerium berufenen Schlichtungsausschuß für den Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) und den G. d. A. gefaßt worden sind. Nach diesen Schiedsprüchen sollte bekanntlich der Gedag und G. d. A. an dem zwischen den Bankleitungen und dem Deutschen Bankbeamten-Verein abgeschlossenen Reichsmanntarifvertrag beteiligt werden. Außerdem wurden die Gehälter um 5-10 Prozent höher als diejenigen festgesetzt, auf die sich der Deutsche Bankbeamten-Verein in den Bankleitungen im Dezember v. J. bis Ende März vereinbart hat. In ihrer Polemik gegen die in Rede stehenden Schiedsprüche trügen sich die Bankleitungen insbesondere darauf, daß bei der Reichsarbeitsverwaltung die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des von ihnen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein getroffenen Gehaltsabkommens beantragt sei, die einer anders gearteten Regelung der Gehälter im Bankgewerbe mit dem Gedag und G. d. A. entgegenstehe. Inzwischen hat aber der Deutsche Bankbeamten-Verein seinerseits den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung seines Gehaltsabkommens mit den Bankleitungen zurückgezogen! Daraus ergibt sich infolgedessen eine neue Lage, als der Deutsche Bankbeamten-Verein sich nunmehr praktisch auf dem Boden der dem Gedag im Schiedspruch vom 21. 1. 25 zugesprochenen Gehaltsätze stellt und den Antrag des Gedag auf Verbindlichkeitserklärung der neuen Schiedsprüche zurückgezogen hat. Die wir hören, dürften die Verhandlungen über den Antrag des Gedag auf Verbindlichkeitserklärung vom Reichsarbeitsminister in den nächsten Tagen aufgenommen werden. — Zur Besprechung der im Bankgewerbe herrschenden Tarifstreitigkeiten beruft der Deutsche Bankbeamtenverein für Sonntag, den 1. Februar eine außerordentliche Konferenz für den Gau Sachsen nach Dresden ein.

— **Die Beschädigten Riesa** wird in diesem Jahre mit den 3 Beschädigten Karneval (Belgier) Jurid (Schw. Oldenburg) und Renatus (Leichter Oldenburg) besetzt und sind dieselben schon am Montag auf der Station hier eingetroffen.

— **Lebensversicherungsanstalt der Sparzassen.** Nachdem am Vormittag der Ausschuh unter Vorsitz des Staatsministers a. D. Erzelsens von Loebell getagt hatte, fand am Nachmittag des 22. Januar in dem kleinen Sitzungssaal des Landtagsgebäudes in Dresden die Generalversammlung des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland statt. Für den vorbereiteten Vorsitzenden Landeshauptmann Sarnow-Stein, wurde als Vorsitzender der Generalversammlung gewählt der bis dahin stellvertretende Vorsitzende Herr Landesdirektor von Winterfeldt, zu seinem Stellvertreter Herr Schragrat von Campe-Hannover. Beratungsgegenstände waren in der Hauptsache die neue Satzung des Verbandes, die endgültig verabschiedet wurde, sowie die Neufassung der allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Lebensversicherungen.

— **Der Verein deutscher Ingenieure** veranstaltet im Rahmen der Technischen Messe im Frühjahr 1925 eine betriebstechnische Ausstellung, die rein wissenschaftlichen Charakter trägt. Sie wird am 21. Februar eröffnet und bis zum 16. März dauern. Mit ihr ist eine dreitägige betriebstechnische Tagung verbunden, auf der alle Probleme der Betriebswirtschaft und Betriebswissenschaft von Sachverständigen erörtert werden sollen.

— **Das Winterfest der Böhm.** Am 20. d. M. trat der Hauptauschuh für das Winterfest zu seiner letzten Sitzung in der „Goldenen Weintraube“ zusammen. Architekt Dr. Ing. Fischer erklärte, man könne mit dem gewaltigen äußeren Erfolge, den das Fest zweifellos gehabt habe, recht zufrieden sein. Es sei nur zu bedauern, daß ein Ueberfluß, wie man erhofft hatte, leider nicht zu erzielen gewesen sei. Bei dem überwältigenden Andrang mußte der Rasenbericht trotz alledem nahezu ohne Fehlebertrag abschnitten, so sei dies schon als erfreuliches Ergebnis zu bezeichnen. Redigentsrat Schabel dankte Bürgermeister Hörmann, Dr. Fischer und sämtlichen Mitarbeitern und Helfern in anerkennenden Worten. Bürgermeister Hörmann dankte für die Worte der Anerkennung und bekräftigte von sich aus nochmals den Dank an alle Teilnehmer des Festes.

— **Werbrieft nach Polen** sind jetzt bis 5000 Goldfranken zugelassen. Ferner sind vom 1. Februar an wieder Postanweisungen aus Ostland nach Deutschland (Weißrussland 100 Reichsmark) sowie nach Ostpreußen und Volhynien nach und aus Ostland zugelassen.

— **Vom 1. Februar an** gelten nach Ungarn folgende ermäßigte Gebühre: für Briefe bis 20 Gramm gleich 20 Pf., für weitere 20 Gramm gleich 10 Pf., für Postkarten gleich 10 Pf., für Druckfachen bis 100 Gramm gleich 5 Pf., jedoch Vollbriefen bis 50 Gramm gleich 5 Pf., für Geschäftsbriefe bis 100 Gramm gleich 5 Pf., mindestens 10 Pf. Die Gebühr für Briefumschreibungen sowie die Einschreib- und Einschließgebühr bleiben unverändert. Vom gleichen Tage ab können nach Ungarn Postkarten bis zur Größe von 10,5 mal 14,8 cm verschickt werden.

— **Politische Brunneneröffnung.** Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgende Meldung: Nach dem Verichte der „Dresdner Volkszeitung“ in Nr. 20 vom 24. Januar 1925 wird unter der Ueberschrift „Der demaschierte Amshauptmann“ behauptet, daß der frühere Ministerialdirektor Dr. Kempe u. a. folgendes ausgelegt habe: „Der jetzige Ministerialdirektor Dr. Schulze (Deutsche Volkspartei) habe sich für Walthers verwendet, seine Frau sei verwannt oder bekannt mit dem Amshauptmann Walthers. Der Ministerialdirektor Dr. Schulze habe sich bei ihm (Kempe) auch für einen Reffen zur Aufnahme in den Staatsdienst verwannt.“ Hieron ist nur soviel richtig, daß der Ministerialdirektor Dr. Schulze in der Brunneneröffnung das Verhalten des Amshauptmanns Walthers von vornherein ebenso wie der damalige Ministerpräsident Buch beurteilt und dies auch im Gegensatz zu Dr. Kempe bei ihm geltend gemacht hat. Unrichtig ist dagegen, daß keine Frau mit dem Amshauptmann Walthers verwannt oder bekannt sei; sie kennt ihn nicht. Unrichtig ist ferner, daß Dr. Schulze sich jemals für einen Reffen zur Aufnahme in den Staatsdienst bei Dr. Kempe verwendet hätte. Er hat überhaupt keinen Reffen, der seinem Alter nach schon für den Staatsdienst in Frage käme. Vermutlich hat Kempe, obwohl jeder Zusammenhang zum Gegenstand der Untersuchung fehlt, auf einen anderen Vorfal angepielt, den er gegen Dr. Schulze schon anderweitig zu veröffentlichen verucht hat. Es ist nämlich eine ungeschickte Abbaumahme des Dr. Kempe gegen einen Reffen der Frau Schulze, den Regierungsrat Uhlmann in Pirna, vordänig gemacht worden, aber nicht auf Anrechnung Dr. Schulze; dieser hat vielmehr, als die Angelegenheit von einem Regeordneten zur Sprache gebracht wurde, auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen hingewiesen. Wenn Herr Dr. Kempe tatsächlich die Aussagen gemacht hat, die der Bericht der „Dresdner Volkszeitung“ ihm in den Mund legt, so hat er demnach die Unwahrheit gesagt.

— **Die Zukundigkeit des Ministerpräsidenten** in der Staatskanzlei schreibt: Die „Dr. A.“ vom 24. 1. 1925 bringt unter der bekannten Ueberschrift „In Selbst's Erzählungen“ Mitteilungen über die Zukundigkeit des Ministerpräsidenten in Begnadigungsfragen, die mit der Reichsliste nicht vereinbar sind. Dem Herrn Ministerpräsidenten ist selbstverständlich die Begnadigungsfrage für den Geschäftsbereich des Justizministeriums vom 1. März 1922 bekannt, zumal da sie während seiner Anwesenheit zu den verschiedenen Kabinetten, insbesondere auch vom Kabinett Reiner wiederholt abgeändert worden ist, um die Zukundigkeit des Justizministeriums zu erweitern. Aus dieser Begnadigungsfrage ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß in bestimmten Fällen das Justizministerium kraft Delegation allein zuständig ist. In anderen Fällen, zu denen auch die Begnadigungsfrage Reiners gehören würde, hat das Justizministerium Vorkontrahieren an das Gesamtministerium zu erhalten. Das Gesamtministerium wird in Begnadigungsfragen ein entsprechender Antrag des Justizministeriums vorzulegen, dieses sich also feinerseits über die Begnadigungsfrage schlüssig geworden ist. Im Falle Reiner hat das Justizministerium einen solchen Antrag nicht beim Gesamtministerium einbracht, vielmehr gemäß § 2 der erwähnten Begnadigungsfrage sich selbst schlüssig gemacht, daß das Begnadigungsrecht an der Reichsliste sei. Infolgedessen hatte weder der Herr Ministerpräsident noch das Gesamtministerium Gelegenheit, zu der Frage amtlich Stellung zu nehmen. Sehr überflüssig sind die Schlussbemerkungen der Zeitung, wer von den Beamten, den Ministerpräsidenten in der Angelegenheit beraten habe. Unrichtig ist außerdem, daß der Beamtenförder des Ministerpräsidenten nur aus bürgerlichen Beamten bestünde. Wenn es überhaupt nach der Verfassung zulässig wäre, die politischen Anschauungen der Staatsbeamten zu erforschen und der Öffentlichkeit preiszugeben, so würde eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Beamter im Geschäftsbereich des Herrn Ministerpräsidenten namhaft gemacht werden können.

— **Berufung im Falle Sejaner.** Gegen das Urteil der sächsischen Disziplinarkammer zur Entziehung der Pension des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Sejaner ist, wie verlautet, von beiden Seiten Berufung eingelegt worden.

— **Die kommunikationsmelde.** Der Leiter des Wohnungsamtes und stellvertretende Bürgermeister der Stadt Riesa, Herr Stadtorordnete A. Behrer, hat seinen Austritt aus der kommunikationsmelde Partei unter Ablegung seines Mandats erklärt.

— **Reifen.** Die diesjährige Schmelzebrunnung begann unter großer Teilnahme auch vorwärts ihr 400 jähriges Bestehen und weichte in Verbindung damit eine neue Fahne.

— **Reifen.** Der Berichtsjahr a. D. Karl Weßler vollendete am 26. d. Mts. in Körperlicher und geistiger Rüstigkeit sein 90. Lebensjahr.

— **Dresden.** Zu dem von uns bereits gemeldeten Raubmordverbrechen in Oberweißbach wird noch mitgeteilt: Es bestätigt sich, daß als Täter der Kaufmannslehrling Hermann Otto Gersdorf in Frage kommt. Er hatte sich als Winterportier bei einer Frau Währ eingemietet, nachdem er in Dresden einen Geldbetrag von 168 Mark veruntreut hatte. Als ihm das Geld ausgegangen war, führte er einen Ueberfall auf Frau Währ in der Weise aus, daß er diese veranlaßte, das Licht auszubringen und sie dabei mit einem Messer mehrmals über den Kopf schlug. Auf Hilferufe ergriff er die Flucht. Die Festnahme des G. erfolgte in Dresden im Keller der elterlichen Wohnung, wo er sich in einer Badewanne versteckt hatte. Er wurde von der hiesigen Kriminalpolizei noch zu weiteren Vorgängen in Frage gezogen und heute dem Gericht zugeführt.

— **Dresden.** In dem Fall der Kontoristin Großmann wird mitgeteilt, daß auch die nunmehr endgültig abgeschlossene gerichtsarztliche Untersuchung keine Veranlassung hat, das Vorliegen eines Verbrechens zu bestätigen. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb auch das Verfahren eingestellt.

— **Schmiedeberg.** Nach dem „Pirnaer Anzeiger“ hat sich hier kürzlich ein drohlicher Vorfal abgespielt. Eine Frau hatte vor Eintritt in einen Wagen draußen den Wagen nicht richtig stehen lassen. Als sie nach längerer Zeit wieder herauskam, war das Auto aus dem Wagen verschoben und ein Kraftfahrer verdächtig worden, der ebenfalls in dem betreffenden Laden keine Einkäufe besorgt hatte. Die Frau eilte zur Gendarmerie, und der walde wurde beim Postgute ein Wagen über die Straße gezogen, so daß alle durchfahrenden Kraftwagen anhalten mußten und durchsucht werden konnten. Das Auto wurde aber nicht gefunden, da es — zu Hause bereits einen gesunden Schlaf machte, weil die Schwägerin der Frau es aus dem Wagen genommen und nach Hause abbracht hatte.

— **Blauen i. S.** Auf der Straße Knuth-Schönberg i. S. wurde der 25 Jahre alte verheiratete Stredenerbeiter Weinreich, Vater von drei Kindern, von einem Füllzug überfahren und getötet.

— **Blauen.** Der Kunstgewerbeverein Blauen beschäftigt die Veranstaltung einer großen Ausstellung, die vom 25. Mai bis 14. Juni d. J. unter dem Namen „Ausstellung des Blauerer Kunsthandwerks 1925“ stattfinden soll.

— **Leipzig.** Der Verein Leipziger Gastwirte hielt gestern im Schloßkeller eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die einen Markstein in der Geschichte des Gastwirtsvereins bilden wird, da sie den restlosen Zusammenschluß aller Vereine gebracht hat, die bisher mit dem Verein zusammengearbeitet hatten.

— **Leipzig.** Am Sonntagvormittag stürzte eine Arbeiterin in der Apffelstraße beim Abbringen von einem Straßenbahnwagen so unglücklich, daß sie einen Schädelbruch davontrug. — Am gleichen Tage nachmittags gegen 1 Uhr ereilte einen 57 jährigen Schmied beim Abbringen in der Frankfurter Straße an der Gasthofbrücke daselbst ein Schicksal, wobei er außer einer Schulterverrenkung auch einen Schädelbruch erlitt. Beide Verunglückte wurden nach dem Krankenhaus St. Georg transportiert.

— **Sparnberg a. d. S.** Bei einer Kindtaufe wurde die 23 Jahre alte Anna Schönfelder, die kurz vor ihrer Verheiratung Rand im Scherz erschossen. Der Täter hatte geglaubt, die Waffe sei nicht geladen.

## Scherzrätsel des Volkes.

Eine köstliche Sammlung von Rätseln und Scherzfragen, wie sie im deutschen Volke umgehen, legt Lisa Tegner in dem „Deutschen Rätselbuch“ vor, das sie bei Eug. Diederichs in Jena finden erschienen läßt. Wie sie diese Rätsel im Volke gesammelt hat, erzählt sie selbst im Vorwort: „Für Jahre bin ich als wandernde Märchenzählerin, Märchen- oder Märchenante durch deutsche Lande gezogen, und ich habe in allen Orten, wo ich Märchen erzählte, mit deutschen Kindern Rätsel geraten, habe Rätsel ausgeteilt und neue aufgenommen. Ich habe Formen, die ich fand, nicht achtend ob deutsch oder fremd, wenn sie schön waren, zurückgelassen und habe oft schon im Nachhinein drei Tage später dasselbe Rätsel als dortiges Eigentum zurückbekommen. Sie waren mir schnell vorausgedacht, denn Kinder sind mittelbar. Keiner von ihnen wird fragen, woher stammt es? Darum sage ich: das, was bei uns Wurzeln schlägt, ist unser eigen, blüht weiter und bleibt uns. Ich habe aber nur das hier aufgenommen, was ich in eigener Erfahrung im Volke fand oder ausstrotzte.“ Das Rätsel gehört, so führt die Verfasserin an anderer Stelle aus, ganz und gar in die Kinderzeit der Menschheit, zu den primitiven Völkern. Es ist der erste Versuch, die Dinge um sie plastisch zu gestalten, einen Ausdruck zu finden für die eigene schöpferische Phantasie. Ueberall dort, wo die Volkspoesie das, was sie sah, so charakteristisch wie möglich herauszuholen wollte, Vokale und Konsonanten zu musikalischen Worten baute, die das Wesen der Dinge treffen sollten, ist das Rätsel auch noch der Aufzucht ein lebendiges kleines Bild, ja nach der Auffassung doppelt. Die Sammlung soll dazu dienen, daß das Volk Rätsel nicht in Vergessenheit gerät, sondern lebendig im Volke bleibt; daß es auch heute noch erfreut, hat die Verfasserin oft erfahren. Raten können es allerdings fast nur noch Kinder; es ist, als dächten die großen Leute zu konstruieren, rationalistisch und weisheitsfündig, als Kolportier dabei über das Nabelgebeude, während Kinder phantastisch leben können, oder mehr mit den Augen jener kindlichen Volkseele, aus der das Rätsel entkammt.

Von den Volkspoesien, die von der Natur und den Elementen, von Pflanzen, Tieren und dem Menschen, von den Dingen, die um der Menschen sind, von Gott und dem Buch der Bücher handeln, geben wir hier eine Anzahl von Scherzfragen als Proben wieder:

Von sieben Schwestern hat jede einen Bruder. Wieviel Geschwister sind es zusammen? (8)

Zwei Väter und zwei Söhne reisen über das Feld und finden drei Kessel. Sie teilen sich diese und jeder erhält einen ganzen. (Ein Vater, dessen Sohn und dessen Sohn.) Wieviel wiegt der Mond? (Ein Pfund, denn er hat vier Viertel.)

Niemand und jemand gingen in ein leeres Haus. — Niemand ging vorn heraus, jemand ging hinten hinaus — Wer blieb drin? (Niemand.)

Es sah ein Mann und ah — und hatte nicht, was er ah — denn hätte er es gehabt, was er ah — dann wäre er gewesen, was er ah. (Neunaugen.)

Es sind zwei und sind nicht zwei, — derweil sie eins geworden. — Und wenn sie sich entweln, — heißt man's nen schlimmen Orden. (Ehe.)

Es ist nicht in Wien, — sondern in Oranien. — Es ist nicht im Rain, — wohl aber im Rhein. — Es ist nicht in Meilen, — wohl aber in Preußen. — Es ist kein Dorf so klein, — dies Ding muß drinnen sein. (Ei.)

Das erste sieht, — das zweite ißt — das dritte wird gefressen, — und das ganze wird gegeben. (Sauerkraut.)

Das erste ist ein Hund, das zweite ist ein Junge, — das ganze ist schlimmer als ein Hundsjunge. (Epidemie.)

Was rufen die Studenten zu Heidelberg? Die Antwort liegt im Namen der Stadt. (Weiß herbei.)

Was ist der Unterschied zwischen einem vollen Menschen und einer vollen Flasche? (Der Mensch fällt um, die Flasche steht um so fester.)

Was ist der Unterschied zwischen einem Priester und einer Pomeranze? (Keiner; aus beiden kann ein Bischof gemacht werden.)

Was ist für ein Unterschied zwischen Dieben und Kersten? (Keiner; beide wissen, wenn sie von den Menschen fortgehen, genau, was ihnen fehlt.)

Was ist der Unterschied zwischen einem Henker und einem Götter? (Der eine nicht rauf, der andere runter.)

Welcher Unterschied ist zwischen Briefträger und Fensterheber? (Die Fensterheber schmeißt erst und läuft dann, der Briefträger läuft erst und schmeißt dann.)

Welcher Unterschied ist zwischen einem jungen Mädchen und einer Ranke? (Die Ranke geht aus, wenn sie nicht gepußt ist, das junge Mädchen geht aus, wenn es gepußt ist.)

Was ist der Unterschied zwischen einer Saviermühle und einer Kneipe? (In die erste werden die Lumpen hineinge-tragen, aus der zweiten heraus.)





# Der Reichsfinanzminister zur Finanzlage des Reiches.

## Entwicklung der Finanzwirtschaft. — Aufwertungs- und Besoldungsfragen. — Reichsteuern.

Berlin. (Funkdruck.) Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde mit einer Erklärung des Reichsfinanzministers von Gildesheim eröffnet. Der Minister gab eine eingehende Schilderung der finanziellen Lage. Von dem Katastrophenmonat September 1923 ausgehend, erläuterte er im einzelnen, wie es nur durch das unter dem Zwange der Not eingeführte System der Kontingenterhaltung der Reichsausgaben in Verbindung mit der raschen Erhaltung der öffentlichen Einrichtungen der Steuerentnahmen gelungen ist, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Wenn sich die Wirtschaft im Laufe der letzten Monate bitter darüber beklagt hat, daß die finanziellen Eingriffe der Finanzverwaltung zu hart gewesen seien, so will ich nicht verkennen, daß ich diese Klagen der Wirtschaft von ihrem Standpunkt aus verstehe. Ich bitte aber zu erwägen, welche ungarheure Verantwortung die Finanzverwaltung auf sich lud, wenn sie es nicht möglich machte, die auf das Existenzminimum zurückgeschnittenen Reichsausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. An dem Wiederaufkommen in Höhe von 1360 Millionen Mark sind die Länder und Gemeinden mit rund 500 Millionen Mark beteiligt, sobald dem Reich ein Ueberschuß von rund 860 Millionen Mark verbleibt. An außerordentlichen Einnahmen sind dem Reich in dieser Zeit außerdem zugeflossen aus der Rentenminderungsprämie 125 Millionen Mark, aus der Silbermünzprägung rund 200 Millionen Mark, zusammen 325 Millionen Mark. Insgesamt verläßt das Reich also über die Mehreinnahmen in Höhe von ungefähr 1200 Millionen Mark.

Es haben diesen fassensmäßigen Ueberschüssen teils erlaubte, teils bis zum Schluß des Etatsjahres zu erlebende Verpflichtungen des Reiches gegenüber, deren Höhe die Ueberschüsse noch um etwa 140 Millionen Goldmark übersteigt. Als solche Verpflichtungen sind insbesondere folgende zu nennen: Er ist sehr arbeitsintensiv beendet. Weiter kommen in Betracht kleinere Verpflichtungen des Reiches gegenüber der Reichsbank, die noch von den Wertpapieraktionen der Inflationzeit herrühren. Für die Ueberwindung des passiven Zahlungsmittelüberschusses sind Entschädigungen aus Anlaß der von der Weimarer Regierung erzwungenen Sachlieferungen in größerer Menge gelehrt worden.

Demnach wie bei der Rubrikindustrie ist die Reichsregierung darauf bedacht, den Liquidations- und Besoldungsansprüchen zu helfen. Im Rahmen der verfügbaren Mittel soll den dringenden Bedürfnissen der Beschäftigten dadurch abgeholfen werden, daß ihnen Wirtschaftsbeteiligungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer Existenz und Unterhaltungen aus dem Härtefonds gewährt werden. Ich rechne damit, daß nach Abwicklung aller Verpflichtungen Ueberschüsse nicht mehr vorhanden sein werden, mit Ausnahme eines Betrages, den ich auf 140 bis höchstens 200 Millionen Mark bestimme und der den Betriebsfonds der Reichshauptkasse darstellt.

Vor dem Kriege hatte das Reich einen festen Betriebsfonds von 600 Millionen Mark. Trotz Gebietes- und Bevölkerungsverlusten sind aber die Weidmanprüche an die Finanzverwaltung nicht geringer, sondern viel höher geworden.

In den Problemen, die in letzter Zeit die Öffentlichkeit hart beschäftigt haben, gehören insbesondere auch die Beamtenfragen und die Aufwertungsfrage.

Die Reichsregierung und insbesondere ich selbst bin davon überzeugt, daß die Beamtenfrage, die wichtigste Stütze des Staates, jederzeit dienstfähig und dienstfroh erhalten werden muß.

Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die gesamte Entwicklung der Beamtenbesoldung vorgelegt. Ich nehme an, daß diese Denkschrift bei der großen Bedeutung der Frage Gegenstand eingehender Erörterungen in diesem Hause werden wird. Dabei wird sich Gelegenheit bieten, Fragen, die die wirtschaftliche Lage der Beamten betreffen, eingehend zu besprechen.

Dem Reichstag wird ferner demnach der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Veränderung der Personalabbauregung vorgelegt. Nachdem der Personalabbau mit Ende Dezember vorigen Jahres sein Ende erreicht hat, soll durch den Gesetzesentwurf die Anwendbarkeit der Abbauregeln weiter bekannt werden.

Auch in der Aufwertungsfrage wird meine Haltung bestimmt durch die vom Reichstag abgegebene Erklärung der Reichsregierung. Ich bin durch die Auffassung, daß die Aufwertungsfrage nicht allein vom fiskalischen Interesse beherrscht werden darf, sondern daß auch die Forderungen sozialer Gerechtigkeit unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden müssen. Bei der Regelung muß freiwillig das Wohl des Volksganges den wenn auch noch so bedeutenden Schädigungen des einzelnen vorgehen. Die Aufwertung muß ihre Schranken in dem Leistungsbereitschaft der Wirtschaft finden. Wie sich die Reichsregierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, wird aus dem dem Reichstag zugehenden Gesetzesentwurf zu ersehen sein. Ebenfalls muß die Lösung für die Wirtschaft endgültig sein, andernfalls würde immer wieder Beunruhigung in sie hineingeragen und ihre Arbeit und Kreditfähigkeit beeinträchtigt werden.

Sobald Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen möglich sind, werden mit an erster Stelle solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Ersparnisse oder Mittel zur Verfügung gestellt haben und unter den hier zu berücksichtigenden Personen verdienen wiederum die eine Sonderbehandlung, die durch die Entwertung von Kapital und Zinsen in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung ist ferner denen zuzuerkennen, die unter dem Zwange der Reichsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben haben. Entscheidende Bedenken würden dagegen bestehen, daß man den Vorteil, der den schwer geschädigten Anleihegläubigern geboten werden könnte, auch solchen zukommen lassen würde, die in spekulativer Absicht in der Inflationsperiode mit geringen Mitteln große Anleiheposten gekauft haben.

5 Punkte sind für die Beurteilung der Bedingungslosigkeit des Etats von entscheidender Bedeutung. 1. Die Gestaltung der künftigen Steuererhebung. 2. Das Aufkommen der Steuern in ihrer neuen Gestaltung. 3. Die Regelung des Finanzausgleichs.

Was die erste Frage anlangt, so hoffe ich, in den nächsten Tagen die Entscheidung der Reichsregierung über die vom Reichsfinanzministerium seit längerer Zeit sorgfältig vorbereiteten Steuerentwürfe herbeiführen zu können.

Aufgabe der neuen Steuererhebung kann es nun aber zweifellos nicht sein, durch stärkere Steuererhebung als die bisherige größere Steuerleistungen aus der Waffe herauszuziehen. Vielmehr geht in weitem Umfange die Aufgabe gerade dahin, die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Belastungen abzubauen und eine Abstellung der Steuern auf den wirklichen Ertrag der Wirtschaft vorzunehmen.

Was die zweite Frage der Entwicklung des Aufkommens aus den Steuern nach Lage der Wirtschaft anlangt, so wird man vielleicht auf längere Sicht eine gewisse Inertheit nicht auszuschließen brauchen. Schwer einzuschätzen ist die Wirkung des dritten Punktes, die Regelung des Finanzausgleichs aus dem Etat. Von der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer müssen wir nicht weniger als 90 Prozent und von der Umsatzsteuer 20 Prozent den Ländern und ihren Gemeinden überweisen. Wir werden uns sehr ernst die Frage vorlegen müssen, ob hier nicht Einschränkungen notwendig sind und ob nicht im System der Beteiligung der Länder und Gemeinden an den gemeinsamen Steuern eine Veränderung wünschenswert erscheint.

Wenn man sich die Dinge zahlenmäßig vergegenwärtigt, so wird man die mögliche Steuerentnahme für das kommende Rechnungsjahr und im großen und ganzen auch für die darauf folgenden auf rund 6 Milliarden veranschlagen können, wovon aber an 2 Milliarden für Länder und Gemeinden bestimmt sind. Mehr als 4 Milliarden werden also für das Reich nicht zur Verfügung stehen.

### Der Gesamtbedarf des Reiches

einschließlich der Ausgaben für die Reparationszwecke wird sich in Summen bewegen, die mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis 1930 auf mindestens 1,9 Milliarden steigen. Das ist in Anbetracht der voraussichtlichen Steuerentnahmen ein außerordentlich trauriges Bild.

Aufgeht dieser Sachlage wird die Reichsregierung nicht umhin können, die von den Parteien des neuen Reichstages gestellten Anträge einer sehr sorgfältigen Prüfung auf ihre finanzielle Auswirkung hin zu unterziehen. Der Haushalt erklärt infolge des Londoner Abkommens und des Sachverständigen-Gutachtens eine grundlegende Umgestaltung. Auf der einen Seite zeigt der Haushalt zum ersten Male die Belastung des Deutschen Reiches durch die Jahresleistung auf Grund des Londoner Abkommens und des Sachverständigen-Gutachtens, andererseits ist eine wesentliche Entlastung infolge Wegfalls derjenigen Ausgaben eingetreten, welche künftig aus der Jahresleistung Deutschlands durch den Generalagenten für Reparationszahlungen zu befreiten sind. Ueber die gesamten Ausgaben zur Entschädigung der Personen und Wirtschaft an Arbeit und Ruhe in Grundlagen und Einzelheiten wird dem Reichstag in Kürze eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden.

Ich habe das Gefühl und glaube mich nicht darin zu täuschen, daß wir jetzt in finanzieller Hinsicht an einem Wendepunkt stehen und daß deshalb der jetzt beginnenden Etatsberatungen eine entscheidende Bedeutung beikommt.

Ich appelliere an das Vaterlandsgelühl aller Parteien, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, die Ziele der endgültigen finanziellen Rettung unseres Vaterlandes zu erreichen. Es handelt sich hierbei nicht um Parteifragen, sondern um eine Frage von allgemeiner Bedeutung, in der jede Partei mitzuwirken berufen ist.

Wir haben keinen Grund zum Pessimismus, wenn wir die Reichsfinanzen schonend behandeln, aber auch nicht zu übertriebenem Optimismus. (Beifall.)

der Erdböhe, welche den Einrud machen, als ob irgendwo unter der Erde aus Kanonen geschossen würde, sehr beunruhigt.

Doch wasseratastrophe in Amerika. Im Süden der Vereinigten Staaten ist eine große Hochwasserkatastrophe ausgebrochen, unter der besonders Florida zu leiden hat. Ganze Ortschaften stehen unter Wasser. Der Schaden wird bisher auf mehrere hunderttausend Dollar geschätzt. Auch der Mississippi ist aus den Ufern getreten und überschwemmt weite Gebiete.

Die moderne Musik auf der Kullagebank. Im Vaterländischen Montmorency bei Paris kamen Anhänger moderner Klänge und Anhänger banaler Couplets aneinander und vor Gericht. Ein Hausbesitzer, der für die neuesten, einschmeichelnden Couplets der Pariser Revuen schwärmte, klagte seinen Mieter an, den ganzen Tag „Ravenmusik“ zu spielen, womit, wie es sich herausstellte, Werke Rimski-Korsakows gemeint waren. Die beiden Parteien gingen bis vor die Schranken des Gerichts. Der Spruch des Salomon lautete, daß die Dissonanzen, die die moderne Musik zu Harmonien stempelt, keine Ravenmusik seien, und daß der Mieter seine Rechte nicht überbreite, wenn er im Tage fünf Stunden mit je zehn Minuten Pause Klavier spiele.

Röche mit Sonnenstrahlen! Das ist die neueste Devise der praktischen Amerikaner. Denn wie das Edison-Obereratorium im State Kalifornien mittelst, ist dort ein Kochofen im Gebrauch, der 24 Stunden lang nur mit Hilfe der voll ausgehenden Sonnenstrahlen Wärme zu liefern imstande ist: so können zwar Speisen auf verschiedene Art gar gekocht werden, nur Nösten und Braten ist leider ausgeschlossen. Der Apparat wird als „fontaine, parabolischer, zylindrischer Reflektor“ bezeichnet, durch den eine Röhre mit gewöhnlichem Zylinderrohr geht, der vom Re-

ktor zusammengefaßte Dase absorbiert und verwertet. Eine Isolierung hält die Wärme auch über Nacht zurück. Bei regulierbaren Wärmegraden läßt ein Uhrwerk die Reflektoren heiß auf die Sonne gerichtet sein.

Juristen-Anekdoten. Der etwas ängstliche Gerichtsdirektor Hollberg hatte das Mikroskop, daß er bei der Unterschrift eines Aktenstückes durch einen Intendanten seinen Namen unleserlich machte. Um die Angelegenheit zu „bereinigen“, ließ er den Namen aus und schrieb: „Lösung des Wortes Hollberg, Zusatz des Wortes Hollberg, genehmigt Hollberg.“ Ein Advokat hatte zwei Zwitscher zu verteilen, von denen der eine bei Tag, der andere bei Nacht gestohlen hatte. Darauf lachend, sagte er in der zweiten Verteidigungsrede: „Der Herr Staatsanwalt hat es bei meinem ersten Klienten als einen erschwerenden Umstand bezeichnet, daß derselbe bei hellem Tage mit unglücklicher Frechheit gestohlen habe. Jetzt wird bei meinem zweiten Klienten der Umstand, daß er zur gefährlichen Nachtzeit gestohlen habe, gleichfalls als erschwerend bezeichnet. Ich frage nun den Herrn Staatsanwalt: Wann soll so ein Mann nun eigentlich Reden?“ — Der bekannte Anwalt Staub vertrat vor Gericht mit großer Emphase eine Rechtsansicht. Der gut informierte Vorsitzende wandte ein: „Aber Sie haben ja in Ihrem Kommentar zum BGB gerade das Gegenteil ausgeführt.“ Schnell gelacht erwiderte Staub: „Das wird eben in der nächsten Auflage geändert werden.“

### Lebte Suntspruch-Meldungen und Telegramme

- Berlin. Der bisherige deutsche Botschafter in Washington Dr. Wietfeld wird, wie das „V.Z.“ aus Washington meldet, an Bord des Dampfers „Albert Döllin“ am 15. Februar die Rückreise nach Deutschland antreten.
- Schweres Explosionsunglück. Breslau. (Funkpr.) Die Breslauer Neuesten Nachrichten melden aus Waldenburg, Montag abend ereignete sich auf dem Bahndamm der Fürstener Grube eine Dampfexplosion, durch die 6 Arbeiter schwere Brandwunden erlitten. Der Deutscher Arbeiterbund in seinen Berichten erliegen. An dem Wiederaufkommen des Deutscher Führer wird gearbeitet.
- Griechenland gegen die Herabsetzung der Deeresausgaben. Athen. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht die Antwort der griechischen Regierung auf die von der Völkerbundversammlung erhobene Aufforderung zur Beschränkung der Deeresausgaben. In ihr wird gesagt, die griechische Regierung müsse gewissen Notwendigkeiten Rechnung tragen, solange nicht ein allgemeiner Abrüstungsplan verwirklicht sei. So müsse Griechenland sein im letzten Kriege zum Teil zerstörtes Deeresmaterial wieder aufzurichten; auch sei die Bestellung von neuem Schiffsmaterial notwendig. Dies könne nicht als Verhärtung der Haltungen angesehen werden. Griechenland würde auf neues Schiffsmaterial verzichten können, wenn seine Nachbarn entsprechende Verpflichtungen übernehmen.
- Der Präsident des Nationalrates des Saargebietes bei Perriot. Paris. Perriot hat gestern den Präsidenten des Nationalrates des Saargebietes empfangen.
- Der Völkerbund für die internationale Einführung der Indersiffer. Genf. Die Unterkommission der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, die gestern ihre Arbeiten abschloß, beschloß, allen Staaten die Einführung von Indersiffern für die Preisbildung auf dem Warenmarkt zu empfehlen, um die Gründe der Wirtschaftskrise besser prüfen zu können.

### Kunst und Wissenschaft.

Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Die Dresdener Staatsoper ist eingeladen worden, im Rahmen der diesjährigen Internationalen Festspiele in Zürich die Oper „Intermezzo“ von Richard Strauß aufzuführen. Es sind zurzeit Verhandlungen darüber im Gange, ob der Plan verwirklicht werden kann.

### Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war am Dienstag die eigenartige Erscheinung festzustellen, daß die amtlich notierten Kurse höher waren als die Kurse im freien Verkehr. Bei den Montanwerten war die Haltung der Börse nicht einheitslich. So zeigte sich für Deutsch-Lugemburg und Welfenkirchen große Abgabeneigung wegen der Gerüchte über eine bevorstehende ungünstige Zusammenlegung. Müntiger wurden die Ausichten für Bochumer Gußstahl beurteilt, der Kurs lag hier zeitweilig bis auf 102 an. Hargener gaben nach, während Abhörig, Rheinstahl und rheinische Braunkohlen etwas stiegen. Bei den Elektrizitätspapieren hatten AEG und Siemens lebhaften Anlaß auf die Nachricht von dem Erlaß der betr. Anleihen in Amerika. Schiffahrtspapiere laßen fest. Das Geschäft in Bananenfaktien und Railwerten war ruhig. Der heimische Rentenmarkt zeigte völlige Lustlosigkeit. Die Lage des Geldmarktes war unverbändert. Am Devisenmarkt lag das englische Pfund etwas schwächer. — Am Produktenmarkt war das Geschäft in Brotgetreide wegen des gleichzeitig stattfindenden Saatmarktes sehr gering. Die Tendenz war, wie auch auf dem Rohmarkt, ruhig, die Preise wenig verändert.

Sowjet-Rußland auf der Frankfurter Frühjahrsmesse. Die Handelsvertretung der russischen Republik in Deutschland wird sich an der Frankfurter Frühjahrsmesse (Allgemeine Messe vom 19. bis 22. April, Technische Messe 17. bis 22. April) mit einer Sonderausstellung kunstgewerblicher Erzeugnisse der russischen Volkskunst beteiligen. Im Hinblick auf die hervorragenden Leistungen russischer Volkskunst hat das Reichamt der Handelsvertretung für die Ausstellung den Appellat im Hause Werkbund überlassen. Es ist damit zu rechnen, daß die Sonderausstellung russischer Volkskunst lebhaftem Interesse begegnen wird. Nähere Auskunft erteilt das Reichamt Frankfurt am Main, Haus Offenbach.

### Wartberichte.

Kunsthilfliche Kreise an der Produktionsstätte zu Berlin am 27. Januar. Getreide und Gutsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, märkischer 264—270, pommerischer —, Roggen, märkischer 261—267, mecklenburgischer 260—266, westpreussischer —, Gerste, Futtergerste 230—252, Sommergerste 230—310, Oster, märkischer 194—203, pommerischer 184—192, westpreussischer 184—196, Mais, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 225—227, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach (feinste Marken über 100g) 35,75—38,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach 35,50—38,50, Weizenkleie, frei Berlin 17,40, Roggenkleie, frei Berlin 17,30—17,50, Waps 408, Feinmehl 410—420, Bitterweizen 29—35, feine Speise-Weizen 21—23, Futtererbsen 20—22, Feinweizen 18—19, Ackerbohnen 20—22, Bohnen 18,50—20, Lupinen, blaue 18—14, gelbe 18,50—17, Verrabekke alte —, neue 17,50—19, Kaputtsen 19—19,20, Linsen 26—28,50, Trockenmais 9,90—10, Vollweizenmehl 19—20, Zerkleinertes 30/70 10—10,20, Vollweizenmehl 21,30—21,75.

### Vermischtes.

Großfeuer in Tempelhof. Ein gewaltiges Schadenfeuer kam gestern abend auf dem Grundstück Komturstraße 21—23 in Tempelhof zum Ausbruch. Das auf dem genannten Grundstück befindliche einstöckige Fabrikgebäude stand bei Ankunft der Feuerwehr bereits vollständig in Flammen. Auf die Meldung „Großfeuer“ eilten sechs Jünger der Berliner Feuerwehr nach der Brandstelle, konnten jedoch nicht verhindern, daß das Gebäude völlig niederbrannte. Der Schaden ist erheblich.

Festgenommener Raubmörder. Aus Berlin wird gemeldet: Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubmörder, der letzterzeit den 24 Jahre alten aus Dessau gebürtigen Konditor Pennede bei Demnigher ermordet hat, in Neudorf zu verhaften. Es ist der 37 Jahre alte aus Leipzig geläufige Arbeiter Otto Krause, der sich auf Grund falscher Papiere den Namen Kurt Ott beigelegt hatte. Der Täter, der, wie sich herausgestellt hat, im vorigen Jahr auch einen Lustmord an einem 15 Jahre alten Mädchen in Leipzig begangen hat, hat bei seiner Verhaftung den ihm zur Last gelegten Raubmord sofort gestanden.

Erdbeben in Südböhmen. Der Berichterstatter des Instituts für Geophysik, Dr. Stefek, teilt mit, daß in Sumas, Bezirk Neubaus, am 20. ds. Ms. seismographische Erschütterungen beobachtet wurden, welche sich täglich wiederholten. Vom 20. auf den 21. ds. Ms. wurden 16 Erdböße, am 21. sieben, in der Nacht auf den 22. zwei und in der Nacht auf den 24. fünf, darunter ein harter anhaltender Erdböß, gezählt, wobei sich auch die Wälder an den Wänden bewegten. Die Bevölkerung der Gemeinde und der Umgebung ist durch die ständige Wiederholung



# Unser Inventur-Ausverkauf beginnt Freitag, den 30. Januar und endet Donnerstag, 12. Februar.

Wir bringen nur gute Qualitätswaren in Kollektion und aller Art Stoffen zu billigen Preisen. Es säume deshalb niemand, diese Gelegenheit zu benutzen.

## Riesa-Gröba Fa. Otto Röder Riesa-Gröba.

### Vereinsnachrichten

**Jungstahlhelm.** Versammlung nicht Mittwoch, den 28. 1., sondern Donnerstag, 29. 1., abds. 7,30.  
**Männerriege.** Zum Kostümfest Treffen mit Frauen im Alt-Derrenstahl.  
**Stenogr. Verein Riesa.** Freitag, 30. 1. 25, 1/8 Uhr im „Kronprinz“ Jahreshauptversammlung. Berichte, Neuwahlen, Preisverteilung, Vortrag über Einheitsstenographie. Gäste willkommen.  
**Sängerkreis.** Morgen nach der Singkunde Vorstands- und Festauskunftskomm.

**Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Riesa.**

Freitag, 30. Januar 1925, abends 8 Uhr im Hotel Gäßner

### großes Konzert

zum Festen der Ostern 1925 die Schule verlassenden Halb- und Vollwaisen, unter febl. Mitwirkung der gesamten Reichsbannerkasselle und der Dresdner Vortragskünstler Hans Stadler und Eugen Aub.

### Nach dem Konzert Ball.

Hiermit laden wir unsere Mitlieder, sowie deren Angehörige freundl. ein. Gäste willkommen.

### Bankangestellte!

Morgen Donnerstag abends 1/8 Uhr spricht in der Elbterrassen-Herr Bierack aus Dresden über:

### Ist der Deutsche Bankbeamten-Verein ein gelber Verein?

Hierzu laden wir Sie ein u. bitten um zahlr. Erscheinen. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.

### Restaur. z. Lichtspielhaus u. L.

Morgen von 6 Uhr ab Schinken in Brotteig. Freitag Vorkühler-Ausverkauf.

### Sächs. Landeslotterie

Ziehung 4. Klasse am 4. u. 5. Febr. 1925

ose

bei **Eduard Selberlich**

Staatslotterie-Einnahme. Zwingerlose deraf., Ziehung 2. und 3. Februar 1925, Stück 1 Mark.

### Mein Inventur-Ausverkauf

beginnt Donnerstag, den 29. Januar und endet am Mittwoch, den 4. Februar.

### Schuhhaus G. Himmler

Riesa, Wettinerstr. 20.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimzuge unseres kleinen Lieblings sagen wir hierdurch allen herzlichsten Dank.  
Riesa-Gröba, 24. Januar 1925.  
Die trauernden Eltern  
Emil Reinhardt und Frau.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters  
**Friedrich Carl Herm. Karl**

nur hierdurch herzlichsten Dank allen denen, die unseren teuren Entschlafenen beim Heimzuge durch Teilnahme in Wort, Schrift u. herrlichen Blumenpenden ehrten.

Riesa, 28. 1. 1925.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

# Der Zuckerrüben-Anbau

bildet das Rückgrat der Landwirtschaft, weil sowohl direkte als auch indirekte Vorteile damit verbunden sind.

Wir kaufen jede Menge Zuckerrüben zu vorteilhaften Bedingungen für die Herren Landwirte.

Interessenten wollen sich mit Herrn Privatus **G. Lempe in Lommatzsch** oder mit uns direkt in Verbindung setzen.

**Zuckerfabrik Mühlberg a. E. G. m. b. H. in Brottewitz.**



Das prachtvollste Schneeweiß

zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

**SIL** Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel

als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. — OHNE CHLOR —

Ihre vollzogene Vermählung geben bekannt

**Kurt Schneider**

**Erna Schneider geb. Handtusch**

Riesa, 28. Januar 1925

### Nachruf.

Am 22. d. M. verschied unser langjähriger

Steuereinnahmer

**Herr Franz Ferdinand Kirsten.**

18 Jahre lang hat er die hiesige Ortssteuereinnahme verwaltet und die ihm übertragenen Obliegenheiten treu und gewissenhaft ausgeführt. Ein ehrendes Gedenken ist ihm gesichert.

Der Gemeinderat.

Die Gemeindeverordneten.

Poppitz, 26. Jan. 1925.

Für die wohlthuenden Beweise der Liebe und Verehrung, die uns beim Hinscheiden unseres unvergesslichen Vaters, Sohnes, Schwiegerjohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des

Kanzleassistanten

**Max Kockisch**

von allen Seiten durch Wort, Schrift und Blumenpenden entgegengebracht wurden, sprechen wir unsern tiefempfundenen Dank aus. Besonders Dank Herrn Waerer Friedrich für seine trostreichen Worte, Dank aber auch dem Herrn Amtsgerichtsdirektor und seinen werthen Kollegen für das letzte Geleit zur Ruhestätte. Derselben Dank Herrn Lehrer Thielemann und seinen Schülern für den letzten Blumengruß.

Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gabe Dank“ in dein alzu frühes Grab nach.

Riesa,  
den 28. Jan. 1925.

In tiefster Trauer  
**Martha Kockisch und Kinder**  
nebst allen Angehörigen.

### Als Schneiderin

empfehle ich

**Frau Th. Siegemund**

Siedlung Neue Hoffnung 1.

Dafelbit sind Stoffreste für Blusen, Röcke, Kleider, Kostüme u. Mäntel billig zu verkaufen.

### Betrifft Kreisheimlotterie.

Die Abholung der Seriengewinne kann bis Freitag, den 30. Jan. 25 beim Rassenwart Quellmala, Schloßstr. 111, erfolgen.  
Rfg. Turnverein. Turnverein Riesa.

### Zum Kostümfest im Turnverein

empfehle bayrische und tiroler

Trachten in reicher Auswahl.

Kostümliefergeschäft Berger, Wilhelmstr. 4.

### Gendentuch u. Blandruck

solange Vorrat reicht nur 80 und 90 Pfg.

extra gute Ware, empfiehlt

**Ulrichs Nestergeschäft, Bauhof Str. 10.**

### Rundfunk-Anlagen

mit Veriola, Radiophon, Telefonenapparaten mit Zimmer- und Hochantennen führen aus und halten Lager in allen Zubehör- u. Einzelteilen wie Kopfhörer, Röhren, Batterien, Kondensatoren u. dgl.

**Elektrotechnische Werkstätten W. Arnold**  
Goethestraße 65.

### Bekanntmachung!

Wegen Verkleinerung des Betriebes wird Speichergebäude (ehemaliges Proviantamt), vierstöckig, in Riesa a. Elbe, mit Lagerplatz, Gleisanschluß, Waggonwage, elektr. Lastenaufzug, Verladerrampe und Büroräume, zu den Bedingungen des Deutschen Reiches auf 20 Jahre untervermietet. Anfragen an **W. Kämper junr., Berlin W 35, Potsdamer Straße 31.** Besichtigung jederzeit in Riesa Speichergebäude.

### Gänsefedern

prima weißer Ruß und handgeschliffene Bettfedern in den bekanntesten Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt

**Albert Haberecht, Gänsemästerei**

Röderau am Bahnhof, Telefon 516.

**Robtschlächterei Goethestraße.**

Diese Woche

prima fettes Fleisch und Schmeer.

Osar Stein, Tel. 208.

### Glänzende Existenz

bieten wir Herren, die Interesse an dem Betrieb eines

**elektrotechn. Neuheit**

haben. Es möchten sich nur rührige Herren melden, die möglichst bei der Privatlandschaft eingeführt sind.

**W. & W. Schott, - Fabrik elektr. Apparate**

Blauen i. B.



# Schulfragen im Landtage.

Ill. Dresden, 27. Januar 1925.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung verliest Präsident Müller eine Erklärung des Ministers des Innern Müller, in der dieser einer irrtümlichen Auffassung einer seiner letzten Reden gegenüber feststellt, daß er in der Behandlung der Beamten keinerlei Parteivorteile gemacht habe.

Dann wird zunächst die in der letzten Sitzung vertagte namentliche Abstimmung über den Antrag Grelmann (D.) betr. den Fall des Polizeioberleutnants Göthe vorgenommen. Der Antrag wird mit 82 Stimmen gegen 19 abgelehnt, die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein, die lediglich die Fortsetzung der Beratung über eine Reihe

## Schulfragen

aufweist. Die Aussprache wird eröffnet durch den Abg. Schürin (Soz.). Er wendet sich vor allem gegen die deutschnationalen Schulforderungen, die im Antrag Siegent erhoben werden. Das Verlangen, den neuen Unterricht mit der Religion zu durchdringen, sei rückständig. Ein Bedürfnis zur Befreiung der Kinder vom Unterricht an staatlich nicht anerkannten Feiertagen bestehe nicht. Den demokratischen Antrag auf Erreichung von Maßnahmen gegen den drohenden Lehrermangel beziehe keine Fraktion auf das freundliche. In den Städten bestehe die Gefahr einer Überalterung der Lehrerschaft. Die Schulleiter müßten entlastet werden, indem ihre Unterrichtsstunden gekürzt würden. Ein weiterer Ausbau der Volksschulpflicht bis zum 18. Lebensjahre sei nötig, mindestens müsse allen das 9. und 10. Schuljahr ermäßigt werden. Beim Zusammenlegen von Klassen möge schonend verfahren werden. Redner hebt dann ausführlich auf die Denkschrift des Volksbildungsministers ein und bespricht sich darüber, daß man den Vorschlägen keine Zeit lasse, das Gute, was die nachrevolutionäre Schule gebracht habe, praktisch zu erproben. (Zuruf: Sie haben 5 Jahre Zeit gehabt!) In den letzten Jahren sei das der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse wegen nicht möglich gewesen. Auch die gegenwärtigen wirtschaftlichen und schulpolitischen Voraussetzungen seien für die Durchföhrung der in der Denkschrift vorgesehenen Neuerungen die denkbar ungünstigsten. Ganz verfehlt, so meint Redner, würde eine Wiedereinföhrung des Schuldirektorats sein.

Abg. Hölts (DVP.) erklärt, seine Freunde seien mit der Verordnung des Volksbildungsministeriums über die Unterrichtsstunden für Fortbildungsschüler völlig einverstanden. Die Fortbildungsschule müsse auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht nehmen. Redner verteidigt weiter die Wünsche der Berufsschullehrer auf Herabsetzung ihrer Unterrichtsstunden. Die Volksschule sollte von fremden Sprachen, Kursschrift usw. befreit werden, diese Dinge gehörten in die Berufsschule. Weiter erklärt Redner, seine Partei habe auf dem Boden der Denkschrift, deren Verfasser eine arde Fach- und Sachkenntnis verrichten. Vielleicht wäre es gut gewesen, zur Beurteilung der Volksschule auch die Vertreter der Berufsschule heranzuziehen. Er glaube allerdings nicht, daß das Urteil wesentlich anders ausfallen würde. Die Schule leide vor allem unter dem Schwund der Autorität. Dem von der Regierung vorgeschlagenen Helferheiß für die Schulleiter könne seine Partei zustimmen. Die Berufsschule müsse Sachaufsicht erhalten.

Abg. Renner (Komm.) meint, die Schulfragen würden auch heute noch als politische Fragen behandelt. Das Ministerium Kaiser wolle freilich besser, was es wolle, als das Ministerium Fleißner, es wolle einen reaktionären Zug in die Volksschule hineinbringen. Fleißner habe sich mit Halbheiten begnügt.

Abg. Grelmann (D.) polemisiert gegen die Ausführungen des linkssozialistischen Lehrers Beckel in der letzten Sitzung. Was dieser habe anführen können, widerlege in seiner Weise die Notwendigkeit der in der Denkschrift empfohlenen Schulreformen. In den Lehrereinstellungen müßten auch die Vorkenntnisse zur Beurteilung der Schulfragen herangezogen werden. Auch die Abgeordneten sollten persönlich sich vom Stande unserer Schulen überzeugen. Redner protestiert gegen die Gefloßigkeit, jede Volksschule zu einer Versuchsschule zu machen. Verbindliche Lehrpläne seien eine denkende Notwendigkeit.

Abg. Dr. Schfer (Dem.) bezeichnet das Erscheinen der Denkschrift als politisch unerwünscht, weil es der Linken

wie der Rechten die Angriffe auf die Schule erleichtere. Die Linke vermöge nun genau die wohlgemeinten Absichten der Regierung mit aller Schärfe vorzutragen, ohne daß seine Freunde sie unterstützen könne. Andererseits identifizierten sich Kreise, die der Lehrerschaft feindlich gegenüber ständen, mit den Absichten der Regierung. Er erkenne an, daß es nicht der Regierung sei, gegen die Mängel einzuwirken und Beschwerden nachzugeben. Wollte man ein allgemeines Bild von der Schule haben, so sei es nur auf dem Wege einer großen Enquete zu erzielen. Die Feindlichkeit gegen die Schule werde vergrößert durch die Tatsache, daß der Laie den neuen Gedanken in der Schule einfach nicht folgen könne, und weiter durch die alten Gegenläge zwischen Fortschritt und Rückschritt. Die Schulfragen dürften nicht nach politischen Gesichtspunkten geregelt werden. Es sei nötig, diese Fragen auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu lösen. Wenn es sich um geistige Dinge handele, müsse man Geduld haben. Ein einheitlicher Lehrplan sei nötig, aber er dürfe nicht bis auf das letzte Tüpfelchen ausgefeilt sein. In einem System des Mißtrauens dürfe man bei der Schulaufsicht nicht zurückfahren. Gegenwärtig sei die Schulaufsicht zu gering, aber die Vorschläge der Denkschrift in dieser Hinsicht seien nicht annehmbar. Die künftigen Helfer der Schulleiter werden nicht die sein, die man den Lehrern aufzutragen, sondern die, die sich die Lehrer selbst wählen. Was an der Schule zu beklagen sei, seien nicht Zeichen des Verfalls, sondern Anzeichen eines wertvollen Neuen.

Abg. Arzt (Linksoz.) meint dem Vorredner gegenüber, die bezüglich der Schule bestehenden Gegenläge seien nicht zu überbrücken. Bei den von Volksbildungsminister gebrachten Vorschlägen handle es sich nicht um den Wunsch, die Volksschule zu heben, sondern darum, gewisse politische Ziele durch die Volksschule zu erreichen. Die in der Denkschrift gemachten Vorschläge rüttelten an dem Gebäude der neuen Schulorganisation, es solle Schwerkraft herbeigeföhrt werden. Seitens der Schwerindustrie werde mit Hilfe der Denkschrift ein Kampf gegen die Volksschule innewirkt. Auch der jetzige Volksbildungsminister werde den Fortschritt der Kultur nicht hemmen können. Jede Maßnahme des Ministers, an der die Lehrerschaft nicht so und anien sage, werde sich in der Schule totalisieren. Die Denkschrift sei die größte Diktantenarbeit. Eine gründliche Reform der Volksschule sei erst möglich nach einer gründlichen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Seine Freunde würden dafür sorgen, daß auch nicht ein Stein aus dem Schulgebäude von 1919 entfernt werde.

## Volksbildungsminister Dr. Kaiser

weist darauf hin, daß die Gegner der Denkschrift sich erst einen politischen Standpunkt hätten konstatieren müssen, um die Denkschrift anzupötern. Der Minister verteidigt nochmals die in der Denkschrift gemachten Vorschläge und verwahrt sich gegen den Vorwurf, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in Rechnung gestellt zu haben. Die Staatschule bestehe nicht nur darin, daß der Staat die Mittel zu ihrer Erhaltung gebe, sondern auch darin, daß der Staat sie seit in der Hand behalte, um mit ihr dem ganzen Volke zu dienen. Es liege die Gefahr vor, daß dem Staate die Staatschule entlaute. Der gute Wille, den die Regierung habe, solle nicht zur Reaktion, sondern zum Fortschritt föhren.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede weist Volksbildungsminister Dr. Kaiser den Vorwurf zurück, daß die letzten Jahre nicht geeignet gewesen seien, ein Urteil über die Volksschule bilden zu können. Die Lehrer sollten sich zu dem Standpunkte durchringen, daß durch Verhältnismäßigkeit jeder Teil zu seinem Rechte kommen müsse. Wenn einmal die politischen und pädagogischen Gegenläge innerhalb der Lehrerschaft ausgeglichen sein würden, dann werde man von der Ernennung der Helfer durch den Staat absehen und die Auswahl den Lehrern überlassen können. Schulfragen seien nicht Fragen, die lediglich von Lehrern behandelt werden dürften, sie gingen vielmehr das ganze Volk an. Die Kirche habe keine Herrschaftsgelüste über die Schule, sie wüßte nur, daß auch ihre Interessen in der Schule gewahrt werden. Wenn der Abg. Arzt mit dem Kampfe der Lehrerschaft gegen die Regierung gedroht habe, so werde die Regierung diesen Kampf, wenn er wirklich entbrennen sollte, aufnehmen. Dann werde es sich darum handeln: Lehrerverein oder Staat. (Beifall.)

Darauf verzichtete die übrigen Redner auf das Wort. Die Anträge werden an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 29. Januar, nachmittags 1 Uhr.

## Sächſische Grüne Woche.

Ill. Dresden. Der gestrigen Tagung der sächſischen Landwirte wohnten als Ehrengäste Prinz Ernst Heinrich, Wirtschaftsminister Müller und Oberbürgermeister Blüher bei.

Regierungspräsident a. D. Kutschker-Berlin, Geschäftsführender Vorstandsmittglied des Deutschen Landwirtschaftsrats, hatte für seinen Vortrag das Thema gewählt:

### „Die Reparationslasten der deutschen Landwirtschaft und ihre handelspolitische Lage.“

Der Redner behandelte zuerst die Wirkung des Londoner Abkommens auf die Belastung der Landwirtschaft durch die „Arbeitskontribution“, er ging dann aus von der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Jahre 1923 im Cuno'schen Memorandum, die die Basis für unsere Ertragsverhältnisse wurden. Tragen auch die Unterlagen zum Studium der deutschen Wirtschaft, die man den Ententente-Sachverständigen damals in die Hände gab, den Charakter deutscher Gründlichkeit, so muß man doch zugeben, daß die Landwirtschaft darin schlecht weggekommen ist; denn in diesen erwähnten Unterlagen war die Landwirtschaft mit 30 Prozent höher angegeben, als die Schätzung erwiesen hatte. Der Redner schilderte dann die Entstehung der Rentenmark-Kreditanstalt, die als landwirtschaftlichem Kreditinstitut Mittel aus der Rentenbank auflossen. Die Rentenbankgrundschrift von 800 Millionen Mark ist nichts anderes als die Reparationshypothek der Landwirtschaft! In dieser direkten Belastung aber treten noch die indirekten Belastungen, die ebenfalls außerordentlich hoch sind. So werden z. B. die hohen Eisenbahntarife und die Verkehrssteuer im weitesten Maße von der Landwirtschaft, dem größten Verbraucher des deutschen Wirtschaftslebens, getragen. Daneben entstehen noch Branntwein, Zucker, Bier und Tabak mit ihrer hohen Steuerbelastung ebenfalls letzten Endes dem Boden der Landwirtschaft. Für den Landwirt sei heute ein Hauptgebot: Um des Exportes willen muß die Futterproduktion wieder auf die Vorkriegszeit gebracht werden und die Branntweinproduktion ist ins Ausland zu leiten. Will das Ausland irgend einen deutschen Produktionszweig niederhalten, dann muß dessen Monopolisierung in Deutschland erstrebt werden. Die Landwirtschaft muß zum intensiven Betriebe gefördert

werden, — das ist möglich, bei richtiger und rationaler Bewirtschaftung und einer entsprechend sachmännlichen Ausübung der Landwirtschaft, — dann aber ist es auch möglich, wenigstens die Vorkriegsproduktion zu erreichen. Voraussetzung für dies alles aber ist der notwendige Schutz der Landwirtschaft. Die handelspolitische Lage der deutschen Landwirtschaft charakterisiert sich heute durch das Fehlen der Agrarhochzölle. Diese Schutzzölle müssen aber bei den neuen Handelsverträgen die Grundlage abgeben. Als Maßstab für unsere Unterhändler beim Abschluß dieser Handelsverträge gebe man ihnen das alte Zolltarifgesetz, die Vorlage zur Wiedereinföhrung der landwirtschaftlichen Schutzzölle und die Vorlage auf Erhöhung der meisten Industriehochzölle. Der erste Grundlag der Zukunft muß kein Schutz der gesamten deutschen Landwirtschaft in allen ihren Teilen! Hinter unseren deutschen Unterhändlern aber muß die deutsche Landwirtschaft in geschlossener Front stehen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Es folgte dann eine Reihe weiterer Vorträge, die mit ihrem sachwissenschaftlichen Inhalt bei der Versammlung das größte Interesse auslösten. So sprach der Vorsitzende der Wirtschaftsberatungsstelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Dr. Georg Felber-Dalje a. D. über die Betriebsorganisationen und die Betriebsführung unter den heutigen Produktionsverhältnissen. Hittorguisbeiliger Schurz-Martke behandelte in seinem Vortrag ackerbauliche Tagesfragen.

## Kongreß zur Bekämpfung der Schuldlüge.

Berlin, den 27. Januar 1925.

Ill. In Darmstadt wurde gestern die Schulungswoge des deutschen Frauenauschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge unter dem Vorsitz der Reichstagsabgeordneten Frau Alara Wende eröffnet. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der verschiedenen Frauenorganisationen und der Reichszentrale für Heimdienst teil. In ihren Begrüßungsansprachen wiesen Oberbürgermeister Dr. Gläufig-Darmstadt, und der Vertreter der Reichszentrale für Heimdienst und des Reichspressebüros Dr. Steuber darauf hin, daß dem massenweisen und rechtlosen Deutschland gegen die Lüge von der Kleinmündigkeit Deutschlands am Kriege nur das Mittel der Propaganda in Wort, Schrift und Bild zur Verfügung stehe und daß die Voraussetzung zu dem Aufstieg

Deutschlands die Schaffung einer starken deutschen nationalen Einheitsfront sei. Nach weiteren Begrüßungsansprachen der Vertreterinnen der einzelnen Frauenorganisationen sprach Professor Treber-Friedberg über

### Die Bedeutung der Behandlung der Kriegsschuldfrage.

Deutschland, so führte er aus, könne mit gutem Gewissen dem Urteil der Geschichte entgegengehen, nirgends in der Welt finde sich ein schriftlicher Beweis für Deutschlands Willen zum Kriege. Der Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages, der Deutschlands Schuld anerkennt, sei lediglich der brutale Ausdruck des Willens der Sieger, den Deutschen unausführbare Lasten aufzubürden, um Deutschland unfähig zu machen, sich jemals wieder zum Widerstand oder zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erheben. Aber noch liebe Deutschlands Ehregefühl, deutsches Volks- und Vaterlandsbewußtsein; die Deutschen würden sich nicht endlos prägen und vollziehen lassen. Der rücksichtslose Kampf gegen die ungeheuerliche Lüge von der böswilligen Kleinmündigkeit Deutschlands müsse von einer Regierung verlaunt werden, die sich deutsch nenne. Nicht auf Staatsform, nicht auf Parteiprogramme läme es jetzt an, sondern auf die geistige Wiedergeburt des deutschen Volkes. Reichstagsabg. Frau Alara Wende sprach über die Behandlung der Kriegsschuldfrage. Der Kampf könne nur als eine rein deutsche Sache geföhrt werden, ohne Parteieinwirkung und frei von jedem parteipolitischen Gebiete. Der Kampf müsse mit absoluter objektiver Wahrheit geföhrt werden. Kaiser Wilhelm II. habe, als der Krieg drohte, an den belgischen König die Frage gerichtet, ob er den Turdang des deutschen Heeres durch Belgien unter der ausdrücklichen Betonung, daß die Neutralität Belgiens gewahrt werden solle und Deutschland für alle Schäden aufkommen werde, gestatten wolle. Aus diesem Angebot einer Entschädigung drehten die Gegner Deutschland den Strick, daß es sich des Unrechts der Verletzung der belgischen Neutralität bewußt gemessen sei. Es sei geradezu ein Verhängnis, daß die Gegner die rein militärische Frage auf die ethische Seite geschoben hätten. Die Behauptung von den deutschen Grenzländern in Belgien müsse mit dem Hinweis darauf bekämpft werden, daß die Belgier selbst die Frontenverletzung hervorgerufen hätten, dessen Folgen dann die Bewohner des Landes hätten tragen müssen. Sehr wertvolle Dienste im Kampf gegen die Kriegsschuldfrage könne die Presse leisten. Wenn auch nicht eine Revision des Friedensvertrages erreicht werden könne, so müsse doch der deutsche Geist von einem unerhörten moralischen Druck befreit werden. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

## Schwere blutige Zusammenstöße in Berlin.

Berlin. Nach einer großen sozialdemokratischen Kundgebung im Berliner Sportpalast, in der verschiedene sozialistische Abgeordnete gegen die Regierung Luther sprachen, kam es in der Potsdamer Straße zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten, bei denen es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Starke Abteilungen der Schutzpolizei vertriehen nach fast einstündigem Bemühen die Straße zu säubern und den vollkommen unterbrochenen Verkehr wieder herzustellen.

„Tel.-Un.“ erfährt hierüber folgende Einzelheiten: Die Polizei hatte von vornherein mit Unruhe gerechnet und in den Seitenstraßen in der Umgebung des Sportpalastes standen zahlreiche Lastwagen mit Schuttpolizisten, die die Aufgabe hatten, erste Zusammenstöße zu verhindern. Schon am Schluß der Versammlung kam es im Saale zu Scherereien, die schließlich beim Verlassen des Sportpalastes zu Tätlichkeiten ausarteten. Auf der gegenüberliegenden Seite der Potsdamer Straße hatten sich etwa 6000—7000 Kommunisten eingefunden, die in Demonstrationsanmarschierten. Als die Anhänger der SPD, die Potsdamer Straße erreichten, schrien die Kommunisten unangenehm: Nieder mit den Arbeiterverrätern! Fernus mit den politischen Betrugern! Amme! Nach großen Schlägereien gelang es den sozialistischen Führern, ihre Anhänger zum Weitergehen zu veranlassen und unter wüthendem Geschrei ihrer politischen Gegner mühten die SPD-Leute durch ein Quatier der todbenden Kommunisten hindurch. Als letzte verließen die Reichsbannerleute mit ihren Fahnen den Saal. Kaum hatten sie den Fahrdamm erreicht, als die Kommunisten auf die Fahnenträger zuflüchten. Es erhob sich ein wüther Kampf um die Fahnen und Fahnen. Im Anstich an die Ausdreitungen am Sportpalast kam es in der 11. Abendstunde noch im Südwesten Berlins in der Lindenstraße zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten. Ein etwa 100 Mann starker Zug des Reichsbanners marschierte, von der Kundgebung im Sportpalast kommend, die Lindenstraße entlang, als er kurz hinter dem Vorwärtsgebäude von einem etwa 300 Mann starken kommunistischen Trupp, der von Radfahrerparkourierern unringt war, im Laufschritt vom Galtischen Tor und Belle-Alliance-Platz heranzog, von hinten überfallen wurde. Ehe sich die völlig überraschten Reichsbannerleute zur Wehr setzen konnten, waren die Kommunisten unter wüthendem Geschrei über sie mit Knüppeln und Messern hergefallen. Es entspann sich in der Dunkelheit ein heftiger Kampf. Aller 30—40 Meter lag ein verletzter Reichsbannermann, um den sich seine Kameraden bemühten. Nach den bisherigen Feststellungen sind mindestens 10 bis 12 Reichsbannerleute durch Stöße und Schläge schwer verletzt, daß sie in Droschken und Autos abtransportiert werden mußten. Die Polizei hat vollkommen versagt. Nach der Prägerei hinter dem Vorwärtsgebäude erschienen zwar vom Belle-Alliance-Platz herkommen viele Volksetzbeamte, die aber nicht eintriften, sondern bald wieder umkehrten, trotzdem von der Neuen Uferstraße her erregter Kampflärm und Hilferufe der Überfallenen ertönten.

## Urteil im polnischen Injurienprozeß.

Ill. Leipzig. Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts wurde gestern, wie bereits berichtet, der fünfte Prozeß gegen Mitglieder des polnischen Verbandes der sächſischen Aufständischen wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats verhandelt. Hauptangeklagter war der 26-jährige Paul Siedel. Er und zwei Mitangeklagte stammen aus Dzierzgowoz im Kreis Kofel, die beiden anderen aus Schömburg bei Beuthen. S. ist frühzeitig mit dem eifrigen polnischen Vorkämpfer Wazraz Brandys in Verbindung getreten, der polnische Propagandaschriften in Oberſchlesien verbreiten ließ und bei der Gründung von Ortsgruppen des Verbandes eifrig mitwirkte. Das Gericht erachtete sämtliche Angeklagte für schuldig. Der Hauptangeklagte S. wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt, wobei ihm 9 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. 3 Angeklagte erhielten je 3 Monate Festungshaft und 200 Mk. Geldstrafe, ein Angeklagter 6 Monate Festungshaft und 150 Mk. Geldstrafe.



# Jugendwohlfahrtsagung

des Jugendamtes des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Großenhain  
(Vortagung und Schluß.)

Nach Dankesworten des Herrn Amtshauptmann an den Herrn Vortragenden und nachdem aus der Mitte der Versammlung der Wunsch laut geworden, die Aussprache bis zum Schluß des zweiten Vortrages zurückzustellen, hielt Herr Amtshauptmann Dr. Reumann, Großenhain, einen Vortrag über

„Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und seine Auswirkungen auf die Wohlfahrtspflege.“

Der Herr Vortragende führte in den Hauptgedanken ungefähr folgendes aus: Jugendwohlfahrt, ein ungeheures Gebiet! Was gehört nicht alles dazu? Im weitesten Sinne des Wortes wohl alles, was den Zweck der Menschheit, die Aufgabe der Menschheit, hier auf Erden darstellt! Der Mensch lebt nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit und für deren Fortschreiten. Dieses Fortschreiten wirkt sich vor allem in der Jugend aus. Unsere grundlegende, sittliche Gemeinschaftsform, die Familie, welchen Inhalt hat sie, welches Ziel? Das Kind, die Jugend! Diesen allein gilt am letzten Ende das Sorgen und das Leben rechter Eltern, diesen Kindern, die wirtschaftliche, geistige und sittliche Oberentwicklung der Eltern. Kind und Eltern, Jugend und Alter sind dauernd miteinander verknüpft. Der sittliche Mensch weiß, was er seinen Eltern und Voreltern verdankt und wie er nur ein Glied der Entwicklung ist. Wenn jetzt immer und gewiß mit Verechtigung von dem Rechte des Kindes die Rede ist, so vergesse man doch nie, daß überall dem Rechte die Verpflichtung zur Seite steht. Erst durch die Erkenntnis des Sanges Rechtes verpflichten wir der Mensch zu einer sittlichen Verantwortlichkeit. Die Pflicht des Kindes, der Jugend, besteht aber in der Erkenntnis, daß die eigene Entwicklung aus den Eltern, dem Alter, der Familie, der Volksgemeinschaft hervorgegangen ist und das Kind ihnen das Wertvollste verdankt. Wehe daher den Eltern, die ihren Kindern durch ein verantwortungsloses Verhalten die Berechtigung geben, diesen Zusammenhang zwischen Eltern und Kind in Frage zu stellen. Diese Eltern laden eine ungeheure Schuld auf sich. Solche Kinder können dann, weil ihnen das Recht ohne Pflicht scheint, nie zu vollen sittlichen Persönlichkeiten, zu vollen Menschen heranreifen. Ein solches Kind, eine solche Jugend kennt dann zwar seine Rechte, nicht aber seine Pflichten. Damit ist dann aber jeder innere Fortschritt eines Volkes gehemmt und der Reim zu seinem Untergang gelegt. Jugendwohlfahrt ist nicht etwas, was bloß die Behörden, die Schulen angeht, um das sich diejenigen kümmern mögen, die gerade Zeit und Lust haben, in Wohlfahrt zu machen, sie geht alle an. Auch die jetzt geltenden Bestimmungen über Jugendwohlfahrtspflege haben ein Wachsen und Reifen hinter sich und sind der Niederlage langjähriger Beobachtung und Erfahrung amtlicher und privater Kreise und haben in den früheren landesgesetzlichen Bestimmungen auf dem einen oder anderen Gebiete ihre beachtlichen Vorgänger. Besonders unser Sachsen darf sich solcher rühmen in dem Gesetz über die Fürsorgeerziehung vom Jahre 1909 und seinen Änderungen und in dem Gesetz über die Wohlfahrtspflege vom 3. Mai 1918. Geschichtliche Grundlage des gegenwärtigen, von uns zu betrachtenden Zustandes bildet das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und vom 6. Februar 1923. Im Zusammenhang damit steht auch das Jugendgerichtsgesetz und die Reichsverordnung über die Fürsorgeerziehung vom 13. Februar 1924. Wer sind nun die Träger dieser Jugendwohlfahrtspflege? Die Verordnung bezeichnet als solche allgemein den Landesfürsorgeverband und die Bezirksfürsorgeverbände. Sachsen hat dazu in seiner Verordnungsform angeordnet, daß Landesfürsorgeverband der Freistaat Sachsen selbst und Bezirksfürsorgeverbände die bezirksfreien Städte und die Bezirksverbände sind. Dazu treten noch, wenigstens bis zum 31. März 1924, die Städte über 10 000 Einwohner als besondere Pflegebezirke. Nach der Gemeindeordnung werden diese aber künftig sich der Wohlfahrtspflege in den Bezirksverband einzuordnen haben. Für den hiesigen Bezirk gilt dies für die Stadt Großenhain, während diese wahrscheinlich überhaupt eine bezirksfreie Stadt werden wird. Sie führen, insofern sie Jugendwohlfahrtspflege treiben, den Namen Jugendamt. Was für Aufgaben hat nun das Jugendamt? Das sagt der § 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes: Nach ihm hat ein jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zu Leiblicher, geistlicher und gesellschaftlicher Tüchtigkeit. Der Staat hat die Verpflichtung, dem Kinde zu dieser Tüchtigkeit zu verhelfen und es erfüllt diese Verpflichtung durch die Jugendämter. Also das Jugendamt hat das Kind, die Jugend, tchtig zu machen! Nicht rein äußerliches Wohlergehen, das Leben bequem zu machen, Mühe und Arbeit erleichtern, ist das Endziel, sondern tchtig zu machen, tchtig, damit der Jugendliche sich später den ihm werdenden Aufgaben gewachsen zeigt, damit er etwas leisten und schaffen und sich selbst fortbilden kann, daß er ein nützliches, selbständiges Glied des Staates wird. Daran hat nicht bloß das Kind selbst ein Interesse, sondern auch jeder von uns, alt oder jung, hoch oder niedrig, welchen Berufes und Standes er auch sei. Nur in einem Staatswesen von Tüchtigen kann man selbst vorwärts kommen, das heißt als anständiger Mensch, wenn man nicht als fremder Schmarotzer von der Trantochel und dem Niedergang unseres Volkes leben will. Sonst verderben dann die Untüchtigen, was man selbst schaffen möchte. Darum immer wieder: Jedes geht die Jugendwohlfahrtspflege an. Da das Jugendamt dem Bezirksfürsorgeverband und damit dem Bezirksverband angegliedert ist, ist es keine unmittelbare staatliche Einrichtung, sondern eine Einrichtung der Selbstverwaltung. Hierdurch gewinnt es erheblich an Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse. Es ist aber auch in demselben Maße auf die tätige, unterstützende Mitwirkung der Bezirksbevölkerung und der Organe der Bezirksgemeinden angewiesen. Das gilt ganz besonders von einem Jugendamt eines ländlichen Bezirkes einer örtlichen und räumlichen Gestaltung wie die Amtshauptmannschaft Großenhain. Bei einem derartig großen Bezirk mit so vielen kleinen Ortshäufen können nicht von einem einzigen Punkte aus die hier amtierenden Beamten die der Wohlfahrtspflege bedürftigen einzelnen Jugendlichen dauernd und eingehend betreuen, wenn nicht in den einzelnen Ortshäufen sich hilfsbereite Personen und Personenerrichtungen dem Jugendamt sich zur Verfügung stellen. Mit den Strafgerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei steht das Jugendamt zunächst in keiner Beziehung. Deshalb möchte es auch möglichst vermeiden, sich zu irgend welchen Erörterungen und Feststellungen der Vollstreckungsorgane der Gendarmeriestation zu bedienen, sondern möchte sich immer erst an das Gemeinschaftsgefühl und die Rücksichtnahme der Bezirksbevölkerung wenden. Jeder Bezirk wird das Jugendamt haben und damit am letzten Ende die Jugend, die er selbst wert ist und verdient. Der Herr Vortragende kam dann auf die Einrichtung des Wohlfahrts- und Jugendamtes bei der Amtshauptmannschaft Großenhain zu sprechen, dem ein Wohlfahrtspflegeausschuß zur Seite steht. Alle gesundheitslichen Fragen werden künftig von einem Wohlfahrtspflegeausschuß behandelt werden. Das Jugendamt unterhält an den einzelnen Orten des Bezirkes besondere Sprechstube, wo die Väter und Mütter und die Vormünder und alle um Kinder und Jugendliche Besorgte berichten und sich Rat und Hilfe holen können. Daneben hat nicht nur die Amtshauptmannschaft als Verwaltungsbehörde mit allen ihren Organen, sondern es haben auch sämtliche Gemeindebehörden, die Volksbeiräte und die

Gerichte dem Jugendamt innerhalb ihrer Zuständigkeit Unterstützung und Rechtsbeistand zu gewähren.

Der Herr Vortragende legte es besonders den Gemeindebehörden ans Herz, alle ihre Einrichtungen dem Jugendamt willig zur Verfügung zu stellen. Das gleiche gilt auch für die Kirchen- und Schulbehörden. Umgekehrt liegt es auch dem Jugendamt ob, helfend, fördernd und beratend allen vorhandenen Wohlfahrtskräften zur Seite zu stehen. In Verbindung mit dem Wohlfahrtsamt kümmert sich das Jugendamt auch um notleidende Schwangers. Bei der Geburt eines außerehelichen Kindes hat die Gebärerin neben der Geburtsanzeige auch für die Ausfällung eines Vordruckes Sorge zu tragen, aus dem die gesamten persönlichen Verhältnisse der Mutter und des Kindes zu ersehen sind. Diesen Vordruck erhält das Jugendamt zugleich mit der Geburtsanzeige vom Standesamt und ist so in den Stand gesetzt, sofort die nötigen Maßnahmen für Mutter und Kind zu treffen. Da das Jugendamt gleichzeitig Gemeindevorstand ist, hat es dem Amtshauptmannschaftsamt dem Vordrucke die nötigen Anträge zu erstatten, falls das Kind einer besonderen geistlichen Betreuung bedarf. Bei Ableben und Pflegeübernahme bedarf es der Anmeldung an das Jugendamt. Den Plan der Einrichtung eines Kinderheimes empfiehlt der Vortragende der besonderen Unterstützung des Bezirkes. Als geselllicher Amtsvorstand des außerehelichen Kindes hat das Jugendamt vor allem die Unterhaltensansprüche des Kindes dem Erzeuger gegenüber sicher zu stellen. Es hat dafür zu sorgen, daß der Vater das Kind anerkennt und die nötigen Unterhaltsbeiträge entrichtet. Der Herr Vortragende ging dann noch kurz auf die Jugendgerichtshilfe, die Schutzanträge und die Fürsorgeerziehung ein, dabei die Aufgaben des Jugendamtes auf diesen Gebieten besonders hervorhebend.

Herr Amtshauptmann Reumann dankte dem Herrn Vortragenden für seine ausgezeichneten und von glänzender Rede zur Jugend getragenen Ausführungen, die seitens der Versammlung allseitigen Beifall fanden. Der Herr Amtshauptmann führte weiter aus, ehe in die allgemeine Aussprache eingetreten wurde, daß der Bezirk seit einem halben Jahre eine Jugendpflegerin angestellt habe, daß zurzeit zwei Bezirksfürsorgebeamte tätig sind, für die Befugnisse der 3. Stelle habe er aber bisher eine geeignete Person nicht finden können. Der Bezirk habe Mutterberatungsstellen eingerichtet, im nächsten Etat seien auch Mittel für einen Bezirksfürsorgearzt zur Einstellung gelangt. Seinen besonderen Dank spreche er den Amtshauptmannschaftsamt des Bezirkes aus, deren Vormundschafstätigkeit eng mit der Jugendpflege verbunden seien. Welche haben bisher im bezirksamtlichen Innerebene gearbeitet. Jugendamt und Amtshaus und er danke den Herren vom Bezirksausschuß, die bis zur Stunde diesen Plan unterstützt und ihm die Vollmacht erteilt haben, für diesen Zweck ein geeignetes Grundstück zu erwerben. Er glaube, daß in nicht zu ferne Zeit die Weisheit des Kinderheimes erfolgen könne.

In der nun folgenden Aussprache richtete Herr Pfarrer Gehrmann, Jabelwitz das Augenmerk auf die im Bezirk herumreisenden Männer und Frauen, die Abtreibungsmittel verkaufen. Die Gebärinnen müßten verpönt werden, nicht Anreize gegen die Eltern, sondern gegen die Verkäufer zu erhalten. Diesen gewissenlosen Leuten, die Kinder morden betreiben, müsse das Handwerk gelegt werden. Herr Amtshauptmann Reumann sagte im Sinne dieser Ausführungen die richtungslose Unterstützung der Behörde zu. Herr Pfarrer Großenhain führte aus, daß der Abtreibungs-Paragraf soffen müsse, daß die Kerze mehr Bewegungsfreiheit haben müßten. Er trat ein für eine genügende Ernährung der Kinder und zwar dafür, daß Vordrucke gegenüber den Fürsorgebehörden etwas zurückgestellt. Herr Amtshauptmann Reumann entgegnete dem Vordruck zur Verhütung, daß es der Zweck der Jugendwohlfahrt gerade sei, die Jugend vor der Anstalt zu bewahren. Herr Bürgermeister Hillmann sagte den Wunsch, den Bezirksfürsorgebeamten ihren Wohnsitz innerhalb ihres Bezirkes anzuweisen. Herr Lehrer Weber, Jabelwitz sagte, daß das Landesverbot ungenügend durchgeführt werde und lenkte das Augenmerk der Anwesenden auf das Übernahmewesen des Gläubigers unter der Jugend. In den Schlussworten beantworteten sowohl Herr Herrmann, Dresden wie auch Herr Amtshauptmann Reumann die an sie gerichteten Fragen, woraus Herr Amtshauptmann Reumann sich nochmals mit Worten des Dankes an alle wandte, die sich in den Dienst der Jugendwohlfahrt stellen. Das Wohl der Rückkehrer und des sozialen Pflichtbewußtseins sowie Verantwortlichkeitsgefühl müsse jeden befehlen zum Segen der Wohlfahrt- und Jugendpflege.

Damit hatte die Jugendwohlfahrtsagung ihr Ende erreicht. Es war die zweite Nachmittagsstunde vorüber, mit Rücksicht hierauf wurde der nun folgende Amtstag vertagt. Die Herren Oberbürgermeister verschieben noch kurze Zeit zu einer kurzen dienstlichen Besprechung zusammen.

## Erste Sitzung des Wohlfahrtsausschusses.

Am 10. Januar 1925, vormittags 10 Uhr, fand im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain die erste Sitzung des neu gebildeten Wohlfahrtsausschusses für den Bezirksfürsorgeverband der Amtshauptmannschaft Großenhain unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns Reumann statt.

Nach Begrüßung durch den Herrn Vorsitzenden wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Von den eingehenden Berichten des Leiters des Wohlfahrts- und Jugendamtes sowie den Dokumenten des Amtes für Kriegsfürsorge und des Jugendamtes wurde Kenntnis genommen.

In den Besondereauswärtigen wurden gewählt: sieben ordentliche und ein stellvertretendes Mitglied. Einstimmig wurde beschlossen, die Anstellung eines Fürsorgearztes zu beschleunigen.

Es wurde Kenntnis genommen und bekräftigt, daß ein Zusammenarbeiten mit den Gemeindefürsorge angestrebt wird und diese ohne weiteres zur Mitarbeit bereit sind.

Von der bisherigen Durchführung der Fürsorge für Klein- und Sozialrentner wurde von dem Bericht Kenntnis genommen. Eine entsprechende Erhöhung der Unterhaltenssätze, insbesondere für Klein- und Sozialrentner wurde angestrebt. Eine Erhöhung dieser Sätze ist insoweit durch Bezirksausschußbeschluss vom 19. d. Mts. erfolgt.

Man nahm weiter Kenntnis von dem Bericht des Leiters des Wohlfahrts- und Jugendamtes über Personalarbeiten.

Ferner nahm der Ausschuss Kenntnis von der Zuweisung von 300 Mark zu Zwecken der Wohlfahrtspflege und Krankenpflege seitens der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Raasdorf und der Jugendkasse von 214 Mark seitens der Betriebskrankenkasse der chemischen Fabrik von Deuben in Radebeul für das Jahr 1924, ebenfalls von Unterbringung von Kindern in Frankenhäusern, Wiesel und Göhren.

Als einmalige Beihilfe für das Verwahrsheim für städtisch gefährdete und verwahrloste schulfähige Mädchen in Freiberg wurde dem Magdalenenhilfsverein 100 Mark bewilligt.

Der Ausschuss lehnte eine Krankenhauserweiterung für allgemeine Fürsorgezwecke ab. Auf ein Angebot von Pflegeplätzen im Seebovsa

Kastern Friedrich auf Koverne wurde beschlossen, von Unterbringung in diesem Jahre abzusehen und im nächsten Jahre darauf zurückzukommen.

Von dem Angebot des Ankaufes eines Grundstücks in Dutha, Amtshauptmannschaft Freiberg, zwecks Einrichtung eines Erholungsheims wurde abgesehen.

Der Punkt Tuberkulosebekämpfung und Tuberkulosefürsorge wurde zunächst zurückgestellt.

Von der Verordnung im J. B. M. vom 15. Mai 1924, betr. Sächsischer Kredithilfe, wurde Kenntnis genommen. Auf die Einrichtung einer Kruppelberatungsstunde im amtshauptmannschaftlichen Bezirke soll nach Anstellung eines Fürsorgearztes auf diese Frage zurückgekommen werden.

Von der Einrichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke wurde abgesehen, dagegen ist die Mitarbeit der praktischen Ärzte in der Beobachtung der Fälle anzustreben.

Von der Einweisung des Kindererholungsheims in Großschütz und Begründung einiger Freizeiten ist Kenntnis genommen worden.

Für die Mitgliedschaft des Vereins Landaufenthalt für Stadtkinder in Berlin wurden 50 Mark als einmalige Beihilfe bewilligt.

Zustimmend wurde von der Beschaffung von Säuglingswäsche, Bekleidungsgegenständen für allgemeine Fürsorgezwecke Kenntnis genommen.

Anschaffung von 500 Stück des Büchleins „Säuglingspflege in Heim und Wald“ wurde einstimmig beschlossen. Als einmalige Beihilfe wurden 50 Mark Unterstützung an das Jugendheim Klein-Graupa bewilligt.

Von den gegebenen Berichten für einmalige Sonderunterstützung für Hilfsbedürftige wurde Zustimmung Kenntnis genommen.

Der beabsichtigten Gewährung von nachträglichen Weihnachtbeihilfen an Kriegsbekindete und Hinterbliebene und sonstige Unterstützungsempfänger wurde Zustimmung.

Die Gewährung eines Darlehens aus öffentlichen Mitteln an Stelle der Renteunterstützung wurde dem Geschäftler abgelehnt.

Wegen Gewährung von Beihilfen zur Anstellung von Schulrätinnen nahm der Ausschuss abwartende Stellung mit Bezug auf noch nicht erfolgte Entscheidung des Landes wegen Gewährung von Mitteln ein.

Der beabsichtigten Veranlassung einer Jugendwohlfahrtsagung in Großenhain wurde einstimmig zugestimmt, ebenfalls der Errichtung von Sprechtagen im Bezirk und der Errichtung eines Kinderheims im Bezirk.

Von der Unterstützung des Bundes der Kinderreichen Landesverband Sachsen und den Winterkuren für erholungsbedürftige Kinder in Gottscheuba wurde Zustimmung Kenntnis genommen.

Das Gesuch um eine Beihilfe zum Bau eines Sportplatzes der Freien Turnerschaft von Weibitz wurde zunächst, jedoch mit dem Anhängen abgelehnt, im nächsten Jahre erneut vorzulegen zu werden.

Die Sitzung erreichte 1/3 Uhr ihr Ende.

## Politische Tagesübersicht.

Die Frühjahrssitzung des Völkerrates. Das „D. L.“ meldet: Die Frühjahrssitzung des Völkerrates findet vom 9. März bis zum Juni statt.

Die französische Rheinflottilla. In Straßburg haben sich gestern die französischen Rheinreeder zu einem Ausschuss zusammengesetzt, um die allgemeinen Interessen der französischen Rheinflottilla zu schützen und zu verteidigen.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Anzahl der Arbeitslosen in England zeigt eine Abnahme von 10 251 und beträgt augenblicklich 1 298 000.

Beamtenabstand in Frankreich. Gestern abend um 9 Uhr hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, in der dem Ratin zufolge auch die Aufhebung von Beamtenstellen zur Sprache kam. Es wurde beschlossen, fürs erste 900 Stellen in den verschiedenen Verwaltungsstellen einzugehen zu lassen. Der Kabinettsrat hat diesen Beschluß auf der Stelle ratifiziert.

Das Kabinett berät über die Antwort Reynaldis. Das Reichskabinett ist gestern nachmittags kurz vor 6 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um das Schreiben des französischen Handelsministers Reynaldis und den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu erörtern.

Streik in den Londoner Ministerien. Gestern ist ein Streik des technischen Personals in den Ministerien und den Staatsämtern ausgebrochen. Der Grund des Streikes ist die Nichtentlohnung eines Gewerkschaftsmitgliedes, das seine Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaft nicht gezahlt hatte. Das Arbeitsamt hatte sich geweigert, diesem Wunsch nachzukommen. Auch das königliche Schloss ist durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen. Die Fahrpläne und Zentralbelegungen sind außer Betrieb.

Der Reichswirtschaftsminister in München. Ueber den gegenwärtigen Aufenthalt des Reichswirtschaftsministers Dr. Gehler in München erfahren wir, daß er sich dabei lediglich um einen informativischen Besuch des Ministers bei den bayerischen Reichswehrstellen handelt. Der Minister wird sich bei dieser Gelegenheit bemühen, das Verhältnis zwischen den Berliner Reichswehrstellen und den bayerischen Truppenteilen noch mehr zu befestigen, nachdem bereits seit Eröffnung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich eine absolute günstige Wendung in den Beziehungen zwischen den bayerischen Truppenteilen und der übrigen Reichswehr eingetreten war. Die Rückverlegung der Infanterieschule nach München, die von der bayerischen Regierung selbst gefordert worden ist, wird auch von den bayerischen Reichswehrstellen gewünscht. Es verlautet daher, daß Minister Dr. Gehler jetzt die Gelegenheit wahrnimmt, um nachzutragen, inwieweit die Möglichkeit besteht, diesen bayerischen Wünschen Rechnung zu tragen.

Die französischen Verhandlungen gegen die Reichswehr. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Reichsregierung in kürzester Zeit eine Erklärung veröffentlicht werden wird, die sich mit den in öffentlicher Kammerung von französischer Seite erhobenen Beschuldigungen gegen Reichswehrminister Dr. Gehler und dem Chef der Oberleitung General von Seekt auseinandersetzt. Unter anderem ist von französischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, daß General von Seekt und Reichswehrminister Dr. Gehler plamäßig die Durchführung der Entwaffnungskontrolle in Deutschland sabotiert hätten. Deutscherseits wird man diese Vorwürfe energig zurückweisen und an Hand des vorliegenden Beweismaterials darlegen, daß über die Durchführung der Entwaffnung sowie über das Verhalten bei der Abrüstungskontrolle zwischen dem Reichswehrministerium und der Reichsregierung in vollem Einverständnis vorgegangen worden ist. Der Versuch, die verantwortlichen Leiter der Reichswehr im Gegensatz zu der Haltung der Reichsregierung bringen zu wollen, wird auf jeden Fall von deutscher Seite zurückgewiesen werden.

Der württembergische Verband hat gestern nachmittags seine Beratungen wieder aufgenommen. Zu Beginn der Sitzung gab Präsident Körner eine Erklärung ab, wonach der Verband als Vertreter des württembergischen Volkes seiner Entrüstung darüber Ausdruck gibt, daß die verfassungsmäßige Aufgabe bezüglich der Räumung Kölns und der ersten Rheinlandzone nicht eingehalten worden ist und daß die allierten Mächte, die doch wahrhaftig von dem württembergischen Reich nicht getrennt werden dürfen, die sie durch Unterwürfigkeit anerkannt, aus nicht.



gen Gründen verleugneten und an der Vollstreckung der Gewalt zurückkehrten, die das deutsche Volk durch seine Opfer überwunden zu haben glaubte. Wenn von Sicherungen gegen kriegerische Angriffe gesprochen werde, so hätte wohl das entschlossene deutsche Volk vor allen anderen Völkern der Welt das Recht, für seine friedliche Entwicklung Sicherheiten zu fordern und zu verlangen, daß an Stelle rechtswidriger Gewalt das Recht tritt, auf das auch Deutschland Anspruch erhebt. Die Ansprüche wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Im Beschlusse des Ausschusses des bayerischen Landtages teilte Finanzminister Dr. Krausnick mit, daß jenseit von rund 61 000 bayerischen Beamten 4800, also 7 Prozent abgebaut sind. Es soll ein Abbau von 15 Prozent erreicht werden, über den jedoch noch keine Einigung zwischen den verschiedenen Ministerien erzielt werden konnte. Der weitere Abbau soll hauptsächlich durch Nichtbefolgung erledigter Stellen erreicht werden. Schwerbeschäftigte werden beim Abbau berücksichtigt; den Kriegsteilnehmern könnte jedoch keine Bevorzugung eingeräumt werden. — Der Ausschuss nahm einen Antrag an, der die Staatsregierung ersucht, bei der Befolgung erledigter Stellen im Staatsdienst in erster Linie abgebaute Beamte, die dienstfähig und fleißig sind, zu berücksichtigen.

Seine Erhöhung der Februarrente in Preußen. Die preussische Staatsregierung hat, wie amtlich gemeldet wird, von einer Erhöhung der Rente für Monat Februar abgesehen. Infolgedessen verbleibt es für den Februar bei den bisher geltenden Sätzen von 62 resp. 64 Prozent der Friedensrente.

Der Prozeß gegen die deutsche Tscheka. Vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beginnt am 10. Februar, vormittags 9 Uhr, die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Neumann und Genossen, die sogenannte deutsche Tscheka. Aller Voraussicht nach wird die Verhandlung mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da eine große Zahl von Angeklagten sich zu verantworten hat und zahlreiche Zeugen gehört werden müssen.

Das Reichskabinett und Barbat. Nach einer Meldung in der sächsischen kommunistischen Presse soll der frühere Reichspostminister Hoelle die Bedenken der Deutschen Girozentrale gegen eine Kreditgewährung an Barbat durch die Bemerkung beruhigt haben, die Kreditgewährung an Barbat habe die Billigung des Reichskabinetts. Demgegenüber wird von unterrichteter Stelle festgestellt, daß das Reichskabinett sich niemals mit den Krediten an Barbat beschäftigt habe und sie daher auch nicht habe billigen können.

Die Wahlrechtsvorlage im italienischen Senat. Heute Mittwoch wird die Wahlrechtsvorlage im italienischen Senat beraten werden. Der Innenminister Federzoni wird die Auffassung der Regierung darlegen. Sollten durch die Haltung der Opposition Schwierigkeiten entstehen, so wird auch Mussolini sich ausführlich über die Vorlage äußern und die Vertrauensfrage stellen.

### Die Kämpfe um Schanhai.

London. (Funknachricht.) Aus Schanhai wird gemeldet, die Truppen des Marischals Shi haben in der Nähe der Brücke über den Taotse eine völlige Niederlage erlitten und sind im Rückzug auf Schanhai.

Peking. (Funknachricht.) Die Vertreter der Presse haben gestern nachmittag dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Note überreicht, in der sie die Tatsache hervorheben, daß die chinesische Regierung die Verantwortung für den Schutz des Lebens und des Eigentums der ausländischen Staatsangehörigen wegen eines neuen Konfliktes in der Gegend von Schanhai zu übernehmen hat. Die chinesische Regierung wird aufgefordert den kriegsführenden chinesischen Generalen den Befehl zu geben, unter keinen Umständen zuzulassen, daß chinesische Truppen in die Nähe von Wohnungen von Ausländern eindringen.

### Die Stellung der Wirtschaftspartei.

Tod Gesamtinteresse über den Parteiprogramm.

Berlin. Aus führenden Kreisen der Wirtschaftspartei wird erklärt, daß die sich in letzter Zeit mehrenden Gerüchte von einem angeblichen Umsturz der Wirtschaftspartei jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Es wird wiederholt festgestellt, daß die Wirtschaftspartei sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus der Teilnahme an einer Regierung, in der die Sozialdemokratie wie bisher führend vertreten ist, verschlossen habe. Es sind auch keinerlei Verhandlungen gepflogen worden, die auf einen zu erwartenden Anschluß an ein Linkskabinett oder die Koalition von Weimar schließen lassen können. Die Wirtschaftspartei werde nur ein Kabinett unterstützen, das ihr die Lebensbedingungen des deutschen Mittelstandes, das heißt, eine andere Verteilung der Löhne, die Freiheit der Arbeit, die unbedingte Sicherung des Arbeitsvertrages und die Neuordnung des Staates im Sinne der christlichen Weltanschauung zu garantieren geeignet ist. Sie vertrete programmatisch den Standpunkt, daß die erstrebte Gefühlsarbeit unterer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und eine Volkserneuerung nur dann möglich ist, wenn Deutschland das Interesse des Volksganzen über das des Parteiprogramms unteres Parlamentarismus stellen wird.

### Gerihtsjaal.

#### Mordversuch an dem Dienstmädchen Ujld bei Wofa.

Am gestrigen Dienstag trat das Schwurgericht Dresden zur 1. diesjährigen Tagung zusammen, die zwar von kurzer Dauer ist, in der aber zwei bemerkenswerte Mordprozesse zur Verhandlung kommen. Den Vorsitz in dieser Tagung führt Landgerichtsdirektor Erdfert, die erste Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Dr. Langhein, richtet sich gegen die jungen Kaufleute Werner Rudolf Trinkuth, geboren am 22. 11. 1905 zu Berlin, und Herbert Rohmann, geboren

am 4. 4. 1908 zu Charlottenburg, die sich beide wegen Mordversuchs zu verantworten haben. Zur Klärung des Sachverhaltes sind eine ganze Anzahl Zeugen aus Dresden, Birna-Wofa, Berlin-Charlottenburg und aus Chemnitz vorgeladen. In dieser umfangreichen Strafsache handelt es sich zusammengefaßt um folgendes:

Die Angeklagten waren mit der Hausangestellten Johanna Ujld bekannt geworden, die sich bei einem Kaufmann Schmidt in Charlottenburg in Stellung befand, und die sie überredet hatten, den Dienstherrn zu bestechen. Am 17. April v. J. entwendeten sie gemeinschaftlich eine Anzahl Wertgegenstände und heraldischen Bräuen, packten selbige in Koffer der Dienstherrin und brachten die Beute in die Behausung der Eltern, um sie dort aufzubewahren beim Mann von da aus zu verwerten. Bei der Ujld machte sich dann Neude bemerkbar, dies war für Trinkuth und Rohmann peinlich. Sie kamen auf den Gedanken, die Ujld möglichst weit vom Tatort wegzubringen und ihren schließlich mit ihr nach Dresden. Im Hotel Birnauer Hof wurde übernachtet und dabei fällige Namen anzufragen. So nannten sie sich Weber bzw. Brandt, und besprachen miteinander eingehend, auf welche Weise das Mädchen aus dem Wease geräumt werden könnte. Am 1. Osterfeiertage benutzten die Angeklagten und die abnungslöse Ujld die Nacht bis Wehlen, man wanderte gemeinsam bis Bad Schandau, besuchte unterwegs auch die Bastei. Der Rückweg bis Birna erfolgte in den späten Abendstunden. Gegen 11 Uhr trafen die drei Personen am Mlanendenkmal bei Wofa ein, das zur Erinnerung an das Mitte September 1911 dort stattgefundene Wanderverunglück errichtet worden ist. Nach getrossener Verabredung zog Trinkuth plötzlich einen Totschläger hervor und verfechtete der Ujld mehrere heftige Schläge über den Kopf, worauf das sonst sehr kräftig gebaute Mädchen bewußtlos zusammengesunken ist. Trinkuth ließ sie dann in wenigen Schritten vorbeistreichende Ujld, die damals auf weit über Fußpunkt angelegten war. In den ruhenden Fluten erlachte das betäubte Mädchen das Bewußtsein wieder. Trinkuth bemerkte dies und laute zu Rohmann: „Du, sie lebt noch!“ Letzterer antwortete daraufhin: „Sieh sie tot!“ und reichte Trinkuth alsbald seine Schußwaffe. Dieser kam auch der Aufforderung nach und gab auf das mit dem Tode kämpfende Mädchen auch einen Schuß ab. In der starken Dunkelheit ging die Kugel fehl. Einen zweiten Schuß abzugeben getraute er sich nicht, weil das Echo weit hin im Elbtal widerhallte. Inzwischen war es der Ujld gelungen, an der heißen Böschung das dort wachende Strauchwerk zu erfassen. Dies bemerkten die beiden Angeklagten. Sie eilten zum Mlanendenkmal, rissen eine Anzahl Steine von der Denkmalsfassung heraus und rollten selbige die Böschung hinunter. Dabei wurde die Ujld erneut getroffen und verletzt. In diesen Augenblicken kam der Fischer Karl Nag am Elbufer entlang, der zuvor schon den Schuß vernommen hatte. Trinkuth und Rohmann erkannten alsbald die Flucht, sie entkamen auch vorläufig Nag vermochte das völlig erschöpfte Mädchen den Fluten zu entreißen, es wurde zunächst in ein benachbartes Haus gebracht und später nach dem Krankenhaus in Birna über-

Am 29., 30., 31. Januar  
und 2., 3. Februar

# Billige Verkaufstage von warmer Winter-Kleidung.

## Kaufhaus Germer Inh.: P. Asbeck Riesa, Wettinerstraße 33.

### Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. White.

20. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Hier ist ein Monogramm,“ sagte der Wachtmeister plötzlich. „A. R. oder R. A. — die Buchstaben sind deutlich zu erkennen. Das Monogramm scheint übrigens erst vor kurzer Zeit eingraviert zu sein — sehen Sie, wie blank die Schnittflächen im Gegensatz zu der matten Lösung des übrigen Silbers sind. — Sicherlich hat der Brandstifter, erschreckt durch die heftig emporstehenden Flammen, das Feuerzeug fallen lassen. Es wird unsere Aufgabe sein, zu ermitteln, wer dieser „A. R.“ ist — und ich denke, das wird nicht sonderlich schwer sein.“

Der Graf schüttelte schweigend den Kopf, als könne er all dies nicht mehr verstehen. Walter aber, der sich schon während der Untersuchung des Fundes ferngehalten hatte, gab jetzt Rudolf ein unauffälliges Zeichen, ihm in eine Fensternische zu folgen.

Der junge Mann kam der Aufforderung nach, als es gesehen konnte, ohne die Aufmerksamkeit der anderen sonderlich zu erregen.

„Was ist?“ flüsterte er. „Haben Sie mir etwas zu sagen?“

„Ja, Herr. — Ich weiß, wer dieser „A. R.“ ist — können Sie es nicht erraten? — Haben Sie den Grafen Alfred nicht heute morgen bei der Gräfin gesprochen?“

Rudolf prägte überrascht zurück.

„Ah — unmöglich! — Wie sollte er — Es wäre doch gegen seine eigenen Interessen. Nein, nein — es ist überhaupt ausgeschlossen.“

Walter zuckte die Achseln.

„Ich kann mir auch nicht denken, welche Rattos er gehabt haben sollte,“ meinte er. „Aber ich weiß bestimmt, daß das Feuerzeug ihm gehört. Er gebrauchte es als einen Beweis seiner Legitimität. Es stammt nämlich aus dem Besitz der Familie Redenthin und war ursprünglich eine, wie ich glaube, sehr kostbare und wertvolle Schnupftabakdose, die mit Brillanten besetzt war.“

„Wenn ich nur begreifen könnte, wie dieser Pseudo-Gräf in ihren Besitz kam!“

„Ich verstehe es auch nicht, Herr. Aber es ist nichts an der Tatsache zu ändern, daß er zahlreiche Briefe besitzt, die die Gräfin an ihren Sohn geschrieben hat — ferner andere Familienpapiere und einzelne Stücke aus dem Familienbesitz, zu denen auch das Feuerzeug gehört.“

Rudolf schüttelte den Kopf.

„Unbegreiflich! — Ebenso unbegreiflich wie der Umstand, daß das Feuerzeug hier gefunden werden konnte. Der Briefe konnte unmöglich ein Interesse daran haben, das Schloß in Brand zu setzen. Im Gegenteil — er mußte besorgt sein, das alles ruhig im alten Geleise weiterging. Denn sichere Aussicht auf Erfolg hatte er doch nur mit seinen Erpressungsverfuchen bei der Gräfin — alles andere wäre doch bis zum Wahnsinn tollkühnes Spiel gewesen.“

„Richtig! — Mit seinen sogenannten Ansprüchen auf

Hohenlinden durfte er nicht mehr herostreten — namentlich jetzt nicht mehr. Denn jetzt hat er sich ja vollständig als Schwindler entlarvt.“

„Wie so gerade jetzt?“

„Er gibt vor, ein Sohn des Grafen Egbert zu sein. Nun sehen Sie aber dem Grafen Egbert so ähnlich, wie sich zwei Menschen nur ähnlich sehen können. Hätte der ehrenwerte Alfred das nicht bemerken müssen, als er Sie heute morgen sah?“

„Freilich — wenn es überhaupt noch notwendig gewesen wäre, hätte er sich für uns damit verraten. — Aber er wird nun doch wohl vor die Notwendigkeit gestellt werden, seine Ansprüche offen geltend zu machen. Denn wenn die Polizei erfährt, daß das Feuerzeug ihm gehört, wird sie ihn wohl recht eindringlich darum befragen, wer er eigentlich sei und was er heute auf Hohenlinden zu tun hatte.“

„Ja — wenn die Polizei davon erfährt —!“

„Sie wird davon erfahren, Walter! — Sie müssen dem Wachtmeister sagen, was Sie wissen.“

„Dazu bin ich nicht verpflichtet.“

Rudolf zuckte die Achseln.

„Gut!“ sagte er leichthin. „Dann werde ich ihm eben das Nötige mitteilen.“

Walter atmete heftig.

„Das beachtlichen Sie, Herr?“ fragte er. „Soll die Polizei dann auch endlich erfahren, wer der rechtmäßige Herr von Hohenlinden ist?“

„Nein! — Jetzt noch nicht. Sie soll nur erfahren, daß das Feuerzeug dem Grafen Alfred Redenthin gehört. Das Weitere bleibt dem Herrn Grafen selbst überlassen.“

„Befehlen Sie also, daß ich dem Wachtmeister von meiner Wissenschaft Mitteilung mache?“

„Ich habe kein Recht, es zu befehlen. Aber ich sagte Ihnen ja schon, wie ich darüber denke.“

Walter neigte den Kopf.

„Nun gut, Herr,“ sagte er leise, „so will ich tun, was Sie verlangen.“

Rudolf nickte ihm freundlich zu.

„Lun Sie es!“ sagte er. „Sie werden sehen, daß es zum besten ist. Ich aber will noch einmal zur Gräfin Redenthin hinüber — ich denke, daß ich den Pseudo-Grafen bei ihr treffen werde, und es verlangt mich, noch einmal mit ihm zu reden.“

### 21. Kapitel.

Der Diener, der Rudolf im Schloße vor Gräfin empfing, teilte ihm mit, daß Ihre Gnaden in den Park gegangen sei. Rudolf machte sich auf, sie zu suchen; und er hatte sie bald gefunden — wie er erwartet hatte, in Gesellschaft des „Grafen“ Alfred Redenthin.

Ehe er zu ihnen trat, blieb Rudolf stehen und beobachtete die beiden. Der junge Mensch schien auf die Gräfin einzusprechen — offenbar drang er auch mit Reden auf sie ein. Rudolf hätte ein lebhaftes Ver-

tangen, dem Spiel dieses Pseudo-Grafen mit einem Male ein Ende zu setzen; aber er verlor den Zweck, den er nunmehr verfolgte, nicht aus den Augen. Nein, er wollte ihn noch weiter spielen lassen, diesen famosen Grafen — aber nur als Marionette, deren Fäden er selbst in den Händen hielt.

Die Gräfin atmete erleichtert auf, als Rudolf ersah, während ihr Begleiter von dem abermaligen Zusammentreffen mit dem Fremden, der um seine Geheimnisse wußte, nicht sonderlich erdaut schien. Er suchte auch durchaus kein Hehl aus seiner Einstellung zumachen.

„Ich bin glücklich, der Ueberbringer guter Nachrichten zu sein,“ sagte Rudolf. „Das Feuer ist vollständig gelöscht — und es hat keinen großen Schaden angerichtet. Lediglich zwei Räume sind ausgebrannt — die Mauern sind stark genug gewesen, die Flammen in diesen zwei Zimmern zurückzuhalten. Vorläufig allerdings darf niemand das Schloß betreten, und es wird voraussichtlich auch in den nächsten Tagen nicht benutzt werden können. Die Dienerschaft —“

„Sie können alle zu mir kommen,“ sagte die Gräfin. „Ich bin zu tadeln, daß ich nicht früher daran gedacht habe. — Aber hat denn der Rauch so großen Schaden angerichtet, daß man das Schloß tagelang nicht wird bewohnen können?“

„Nicht wegen des angerichteten Schadens — sondern auf Befehl der Polizei!“ erwiderte Rudolf. „Es besteht nämlich kein Zweifel darüber, daß das Feuer von verbrecherischer Hand angelegt worden ist. Jemand hat Stroh und Zeug in dem Zimmer zusammengetragen, es mit Petroleum übergossen und dann angezündet. Wären die Mauern weniger stark gewesen — oder hätte der Brandstifter nicht das Zeug über das Stroh geworfen, das nur schmelze, anstatt zu brennen — es hätte ein unermeßlicher Schaden angerichtet werden können. — Unter dem Zeug aber fand man ein Feuerzeug mit einem Monogramm.“

„Das ist gut!“ rief der angeblühte Graf Alfred aus. „Dadurch wird doch wohl hoffentlich die Ermittlung des Schuldigen herbeigeführt werden.“

„Weider nicht,“ erwiderte Rudolf und sah ihn aufmerksam an. „Wegen dieses Feuerzeuges kam ich hauptsächlich hierher. Das Monogramm zeigt die Buchstaben „A. R.“ — Ihre Initialen, Herr Graf. Ueberdies erkannte der Diener Walter das Feuerzeug mit Bestimmtheit als das Ihrige. Können Sie uns diesen seltsamen Umstand erläutern?“

Der Graf war bleich geworden, und unwillkürlich griff er in die Tasche. Leer zog er die Hand zurück.

„Ich muß es verloren haben,“ sagte er erregt. „Ich habe gar keinen Grund, zu leugnen, daß ich ein silbernes Feuerzeug mit meinem Monogramm besaß. Ich habe es verloren, und der Brandstifter fand es — anders ist die Sache nicht zu erklären. Es wäre ja einfach lächerlich, anzunehmen, daß ich selbst ein Haus —“

„Fortsetzung folgt!“



Mdrt. Nach erfolgter Vernehmung führte die Witz nach ihrer Heimkehr in Ostpreußen zurück. Die beiden künftigen Verbrecher blieben zunächst einige Zeit verschwunden, erst im Juli konnten sie in Wien ermittelt und verhaftet werden. Drinfuth ist voll schuldig, Kohnmann als der ältere versucht alles abzuleugnen und auf seinen jüngeren Genossen zu schieben.

Die Verhandlung fand unter härtestem Andrang von Zuhörern statt. Aus der Vernehmung zur Person ergab sich, daß die Angeklagten seit etwa zehn Jahren miteinander bekannt sind. Kohnmann hat auch zwei Jahre als Untermeister bei den Eltern Drinfuths gewohnt, dessen Vater ein im Ruhestand lebender Gerichtsbeamter ist. Während des Zusammenwohnens ist es zwischen den Angeklagten wiederholt zu näherem Verkehr gekommen. Drinfuth ist homosexuell veranlagt, Kohnmann war zuletzt im Finanzamt Charlottenburg beschäftigt, dann aber außer Stellung geraten. Im März sind beide nach Dresden gefahren und einen Monat hier wohnhaft gewesen, um sich ein Geschäft zu gründen. Dazu hatte der Vater des Drinfuth dem Kohnmann 400 Mark geliehen. Während des Dresdener Aufenthaltes wurde u. a. auch die Sächsische Schweiz besucht und dabei das Mauerndamm besichtigt. Als das geliehene Geld alle geworden, fuhren sie wieder nach Berlin zurück. Kohnmann knüpfte mit der Witz ein Verhältnis an, es wurden gemeinschaftliche Abendpausiergänge unternommen und anfänglich dem Mädchen gegenüber falsche Namen genannt. Da Kohnmann in wirtschaftlicher Bedrängnis war, so sollten der Witz die Schlüssel abgeben, und von Drinfuth und einem weiteren Genossen ein argerer Diebstahl begangen werden, was aber nicht zur Durchführung kam. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses fragte der Vorsitzende des Schwurgerichts den Angeklagten Drinfuth, ob er sich schuldig bekenne, worauf dieser laut mit „Ja“ antwortete, und im Hinblick darauf eine lange Darlegung über seinen Entwicklungsengang, den Verkehr mit Kohnmann und schließlich über das Verbrechen gab.

Nach einer großen Anzahl Vorbehalte wurde dann in die Vernehmung des Kohnmann eingetreten, der vieles bestritt oder aber anders darzustellen versuchte. Er gab sich alle erdenkliche Mühe, den jüngeren Drinfuth ordentlich reinzulegen und sich zu entlasten.

Unter beargwöhnender großer Spannung wurde hierauf die 24 Jahre alte Hausangestellte Witz als Zeugin gehört, die mit den Angeklagten Anfang April bekannt geworden war.

Nachdem noch der Vater des Drinfuth gehört, erkrankte Regierungsbekannt Dr. C. v. D. ein längeres Gutachten, er bezeugte beide Angeklagte für voll verantwortlich, eine geistige Störung liege nicht vor. Um 4 Uhr nachmittags konnte die Beweisaufnahme geschlossen werden. — Staatsanwalt Dr. Vanheim forderte unter ausführlicher Begründung die Verurteilung der beiden Angeklagten. Der Schuldbeweis sei voll erbracht. Die Witz habe klare und bestimmte Angaben gemacht, die Abwehrversuche der Täter seien völlig mißglückt. Betrachte man die einzelnen Handlungen, und die nichtbare Tat in ihrer Gesamtheit, so erziehe man, mit welcher Frechheit und Fähigkeit hier vorgegangen worden ist. Beide seien gleichwertig zu behandeln. Was Drinfuth in geistiger Verbindung und Regsamkeit gegenüber Kohnmann geleistet, habe er andererseits durch seine Aktivität bei der Durchführung ersetzt. Wäre die Witz nicht von Natur aus ein so kräftiges Mädchen gewesen und im letzten Augenblick der Schwärmer May nicht hinzugekommen, dann hätten die Geschworenen einen volleren Wort abzuurteilen. Es sei eine entsetzliche rohe und furchtbare Tat, die großes Unsegen verursacht habe, er beantrage hierfür je acht Jahre Zuchthaus.

Nach längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten Drinfuth und Kohnmann werden wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs zu je acht Jahre Zuchthaus verurteilt, auch geben sie auf je fünf Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. Die bisher erlassene Unterdrückung kommt mit fünf Monaten in Anrechnung. Beide Angeklagte unterwarfen sich sofort dem Urteile. Landgerichtsdirektor Seyfert führte in der Begründung fura aus, es habe sich im vorliegenden Falle um eine ungewöhnliche Mordtat gehandelt. Beide begingen das Verbrechen gemeinschaftlich und mit voller Ueberlegung. Obgleich die Angeklagten bisher unbestraft sind, so mußte das Gericht auf eine empfindliche Bestrafung zusammen. (H.-g.)

Wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeipräsidenten Fleischer hatte sich am Dienstag der Schriftsteller und Herausgeber der Zeitschrift „Salomander“ Ferdinand Polzinger in Leipzig vor dem Schöffengericht zu verantworten. Im Juni 1923 hatte Polzinger bei einer polizeilichen Feststellung einem Beamten erklärt, der Polizeipräsident Fleischer sei ein sehr guter Bekannter von ihm; er hätte sogar einmal mit Fleischer, als er noch Redakteur an der „Dresdner Volkszeitung“ war, zusammen vier Wochen im Gefängnis gefessen. Polzinger konnte den Wahrheitsbeweis nicht antreten. Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer öffentlicher

Beleidigung vier Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Polzinger unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 150 M. Geldstrafe. Schwurgericht. Am Freitag steht der Mordereignisse Fritz Nischel aus Wildbrunn wegen vollendeten und versuchten Mordes vor dem Schwurgericht. Hier dreht es sich um die Ermordung des Schlossermeisters Eichner in der Nikolaistraße in Dresden.

### Neuer Sächsischer Lehrerverein.

In der Gauaruppe Dresden sprach Direktor Haube über „Unser Schulprogramm, zugleich eine schulpolitische Abrechnung.“ Redner ging davon aus, daß das Programm des Neuen Sächsischen Lehrervereins nur ganz zu verstehen ist, wenn man es geschichtlich betrachtet. Daher beleuchtete er zunächst die Entwicklung des Lehrervereins in den letzten 40 Jahren vor der Revolution, die eine stetige Aufwärtsentwicklung gewesen ist, sowohl in äußerer als auch in innerer Beziehung. Der Landeslehrerverein hatte immer das hohe Ziel im Auge, das Volksschulwesen und den Stand zu heben, und durch seine Schulpolitik ohne Parteieinstellung verschaffte er sich Achtung und Beachtung in allen Kreisen der Bevölkerung und bei allen politischen Parteien, auch noch während des Krieges. Ein Vergleich mit den Anfängen, wie sie sich nach der Revolution herausgebildet haben, zeigt die Notwendigkeit eines neuen Schulprogramms. Hunderttausende organisierten sich nach 1918 unter der Einwirkung der Schulpolitik der Lehrgewerkschaft und stehen der Schule feindlich und mißtrauisch gegenüber. Aber nicht durch Klagen, sondern nur durch die Tat kann hier Wandel geschaffen werden, und in dieser Absicht stellte der Neue Sächsische Lehrerverein sein Programm auf, das für jedes seiner Mitglieder ein Bekenntnis sein soll.

Redner behandelte nun die einzelnen Programmpunkte und ging insbesondere auf die Forderung der christlichen Schule ein, die wohl die Hauptursache der Spaltung gewesen ist. Es wird die Schule zurückverlangt, wie sie vor der Revolution war, aber ohne die geistliche Schulaufsicht, eine Schule, die im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens anerkennt, die im Unterrichte christliche Weltanschauung atmet und dem Religionsunterricht einen Platz als wesentliches Unterrichtsstück einräumt. Der Neue Sächsische Lehrerverein verlangt ferner eine deutsche Schule, die die geistigen Werte vermittelt, die zum Verständnis der deutsch-christlichen Kultur Voraussetzung sind, und die alle die feinsten Kräfte entwickelt, die zur Schaffung neuer Kulturwerte erforderlich sind, eine Schule, die unsere Jugend zu unbegrenzter Liebe zum Vaterland und zum deutschen Vaterlande erzieht. Eine weitere Forderung des Programms sind verbindliche Lehrpläne und Stoffpläne. Der Gegensatz zwischen Kind und Stoff kann nicht überwunden werden von der Richtung, die nur die Reizung und das Bedürfnis des Kindes für die Auswahl des Stoffes gelten lassen will. Es ist zu fordern, daß der Lehrplan unter weiser Berücksichtigung des kindlichen Bedürfnisses nach dem wirklichen Leben das verbindliche Mindestmaß der zu überwindenden Kulturarbeit festsetzt, auf die einzelnen Unterrichtsgebiete unter Ablehnung des Gesamtunterrichtes mit festen Massenziele verteilt.

Der Neue Sächsische Lehrerverein übernimmt die berufliche Vertretung seiner Mitglieder in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Verammlung nahm das Programm einstimmig an, und stimmte auch der Entschickung über die Denkschrift des Volksbildungsministeriums zu, die am 17. Januar von den Vorständen der einzelnen Gaugruppen gefaßt und schon veröffentlicht worden ist.

### Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Spielvereinigung 04-Gera-NEV. 4:1 (3:0). Wenn man sich auf Grund der letzten Resultate eine Illusion gemacht hatte, dann wurde man bitter enttäuscht, d. h. nur von den Holzkäsen. Schuld an der Niederlage war die zwar fleißig, aber unproduktiv arbeitende Kämpferreihe. Wo blieb das genaue und richtige Zuspiel, wo der Flügelwechsel? Wie oft bekam der Gegner den Ball, der ihm richtig verwertet wurde. Was nützte dann das Abdecken und Nachlaufen? Das Leder gebt durch die Lücke und nicht an den Mann. Die Stürmer laufen schon und werden dann gezwungen, sich richtig zu stellen. Der Hauptfehler lag aber darin, daß Thoni und Poimann zu wenig Arbeit bekamen. Diese beiden waren in so guter Laune, daß sie mit der taktisch miserabel spielenden Verteidigung des Gegners fertig geworden wären und das Resultat verbessert hätten. Das Spiel wäre bedeutend ausgeglichener gewesen und die Dreierreihe konnte vielmehr am Aufbau arbeiten. Das Innenreizo war nicht schlecht. Es mußte aber bei solchem Boden viel mehr schießen. Der Gegner zeigte ja, daß es etwas einbringt. Daß die drei einmala Wech hatten, drückte die Mannschaft doch etwas. Unser Schlußtrio machte in den 90 Minuten drei grobe

Fehler, daraus wurden drei leichte Tore für den Gegner. Das war bis zur Pause. Die Gäste spielten prächtig. Vor allem taktisch, bis auf die Verteidiger, die dafür umso launiger ins Reizo fuhren und so unterem weichen Innenreizo jede Chance nahmen. Spielauffassung, Übersicht und Schnelligkeit waren vorbildlich. Bis auf zwei Fälle handelten auch oft das Glück zur Seite. Schade, daß unser Ebrentor nur ein dürftiger Eifer war, überließ eine sehr harte Entscheidung. Der Schiedsrichter, Herr Krause-Döbeln, war sehr gut. Er machte nur einen Fehler: Den von der Innenlinie abbringenden Ball gab er nicht als Tor für die Ostländer. In seiner Auffassung „fair play“ teilte er nur die Aufsicht des Nordschlesienpublikums. Und da ist er sehr engherzig. Was die Gäste an schwebender Härte zeigten, war nur ein ausgeprägtes Siebvermögen, welches die Grenze des Erlaubten noch lange nicht streifte. Die Notizen sind wegen ihrer Vollständigkeit zu bedauern. Sie könnten als ganz andere Eiz bestehen und hätten dann sicher durch Torerluste beweisen können, wo sie hingehörten. In der Nordschlesienklasse zu gewinnen, bringen Vagabunden auch fertig, dann müssen eben Tore reden. Alles in allem: die Gäste waren zwei Tore besser, auch dann, wenn dem Nordschlesienmeister Räder und Punkte dabei gewesen wären. Der neue Meistertitel will am 22. Februar in Waldheim noch errungen sein. Gegner ist der Döbelner Sportklub. Ich sehe diesem Tag aus vorstehenden Gründen nicht allzu rosig entgegen.

Berein für Bewegungsspiele Niesla-Gröba e. V. W. 1.—C.V. Reserve U: 3 (0:2). Mit diesem Resultat mußte sich Niesla den technisch und taktisch besser spielenden Chemnitzer beugen. W. spielte meistens schlechter als am vergangenen Sonntag gegen Rindris und war das Spiel verdient verloren; allerdings ist das Torverhältnis dem Spielverlauf nach nicht ganz entsprechend. — W. 2.—S.W. Ostsch. 1. 1:2 (1:1). W. 2. spielte in Ostsch. und stand im Freundschaftsspiel der 1. Eiz des S.W. Ostsch. gegenüber. Die Nieslaer zeigten ein geläufiges Spiel und enttäuschten nach der angenehmen Seite. U. a. verzeichnet die W. 2. einen Kilometer, der ihnen den Ausgleich verschafft hätte. — W. 3. hatte die 1. Eiz des S.C. Kraupa nach hier verpflichtet und mußte sich mit einem Unentschieden von 3:3 begnügen.

W. 1. Damen-Kraupa 1. Damen 2:0 (0:0). Nach längerer Pause lieferten die W. 1. Damen im neuen Jahre ihren ersten Kampf. Die unangenehme Bodenverhältnisse ließen kein einwandfreies Spiel zustande kommen. Trotzdem bekämpften sich beide Mannschaften den Kampf offen zu halten. Der Gegner zeigte ein gutes Zusammenenspiel und war vorzüglich im Ballfangen, während die W. 1. Damen nach dieser Seite hin enttäuschten. Ungefährer Ballfangen und viel zu viel Verhänge durch Einzelgänger etwas Jähbares zu erreichen — das Ballabgeben verurteilte man ganz — ließen es zu Erfolgen in der ersten Halbzeit, trotz leichter Ueberlegenheit, nicht kommen. Dazu hätte der Gegners Torwächter sicher sein Heiligtum. Nach Seitenwechsel denkt W. 2. endlich daran, die Flügel etwas mehr zu bedienen und bringt dadurch, verwandelt durch Halbblinds, den ersten Erfolg ein. Kraupa, nicht entmutigt, leidet immer wieder gefährliche Angriffe ein, die aber an der sicheren Verteidigung scheitern, jedoch Nieslas Torwächter sehr wenig Arbeit bekommt. W. 3. sucht die Torzahl zu erhöhen, aber der Gegner ist auf dem Posten und versteht sich gut in der Abwehr. Ein Strafstoß für Niesla, von der Mittelstürmerin geschossen, bringt den zweiten Erfolg und verdienten Sieg ein. Beiden Mannschaften müssen wir noch dringend empfehlen, daß das mündig laute Spiel in Zukunft unterbleibt.

Skireisewettläufe in Oberwiesenthal. Infolge günstiger Schneelage in Oberwiesenthal werden dort am Sonntag und Montag, den 31. Januar und 1. Februar, die Preiswettläufe des Kreises Westergebirge im Skiverband Sachsen durchgeführt.

Neigungen der meteor. Station 421 (Oberrealschule Niesla). 27. Januar 1925: 0,6 mm Niederschlag. 28. Januar 1925: 0,1 mm Niederschlag.

## Nettle gegen Haarausfall

von Fachärzten und anderen ärztlichen Autoritäten verordnet und empfohlen. — Ueberall zu haben.

### Amtliche S.

Sonntag, den 7. Februar 1925, vorm. 9 Uhr im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

### Öffentliche Bezirksauschubübung.

Großenhain, am 26. Januar 1925. Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 32 des Genossenschaftsregisters, die Kreditgenossenschaft Rindris und Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Rindris betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Dezember 1924 ist die eingetragene Satzung vom 7. März 1924 im gesamten Umlauf geändert und aufgehoben und an deren Stelle die neue Satzung vom 10. Dezember 1924 angenommen und festgesetzt worden. Sie befindet sich in Abschrift Blatt 35 folgend der Akten. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung der für das Gemeinwesen und die Wirtschaft der Mitglieder nötigen Geldmittel mittels gemeinsamen Geschäftsbetriebes und der Betrieb aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern. Der Geschäftsbetrieb bleibt auf die Mitglieder beschränkt. Die Hauptpflicht der Mitglieder ist beschränkt. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der letzteren, gesehnet von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern und, wenn sie vom Aufsichtsrat ausgehen, unter Nennung desselben, gesehnet vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die Bekanntmachungen erfolgen im Nieslaer Tageblatt in Niesla und Großenhainer Tageblatt in Großenhain. Gehen diese Blätter ein oder wird aus anderen Gründen die Bekanntmachung in denselben unmöglich, so tritt an ihre Stelle der „Deutsche Reichsanzeiger“ bis zur Bestimmung eines anderen Blattes.

Die Haftsumme eines jeden Genossen beträgt 250 Reichsmark und die Höchstzahl der Geschäftsanteile, auf die sich ein Genosse beteiligen kann, 50. Durch den anfangs genannten Beschluß ist das Genossenschaftsvermögen auf Goldmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Amtsgericht Niesla, den 24. Januar 1925.

Wir geben hiermit bekannt, daß der Wägenmacher und Rädermeister Herr Eduard Böhm, hier, Hauptstraße 40, von uns auf die Dauer von drei Jahren als Bezirksvorsteher für den IV. Bezirk in Witz genommen worden ist. Der Rat der Stadt Niesla, 26. Januar 1925. M.

Im Hinblick auf die bevorstehende Erziehungswahl für die Kirchgemeindevertretung — näheres wird f. Zeit noch bekannt gegeben — macht der unterzeichnete Kirchenvorstand die Mitglieder der Kirchgemeinde Niesla mit Wopps und Mergendorf darauf aufmerksam, daß wahlberechtigt sind alle konfirmierten männlichen und weiblichen Mitglieder der Kirchgemeinde, die volljährig und in die Wählerliste der Kirchgemeinde aufgenommen sind. Die Aufnahme erfolgt auf Anmeldung mit Meldebchein in der Pfarramtstanzlei hin. Der Kirchenvorstand.

### Stadtanleihen Pfandbriefe

zu hohen Preisen gesucht. Angebote unter F. D. 4009a an das Tageblatt Niesla.

### 4000 Mark

auf Grundstück u. Geschäft sofort gegen hohe Verzinsung gesucht. Off. erb. unt. J 2169 an das Tageblatt Niesla.

### Bottwaife

12jähr. gewerkter Junge in Pflege zu geben. Refl. Adressen unter F 2166 an das Tageblatt Niesla.

### 1 Aufwartung

zum Reinigen unserer Geschäftsräume gesucht. Gebr. Riedel, Eise Wettiner- u. Carolaftr.

### Krau sucht Aufwartung

für ganzen Tag oder Privatwäschen. Off. erb. u. H 2158 a. d. Tagebl. Niesla.

### Eine Näherin

per sofort gesucht, welche sich auch als Verkäuferin ausbilden kann. Offerten erbeten unter G 2167 an das Tageblatt Niesla.

### Zwei starke Mägde

zum 1. Februar sucht Schwarz, Wolkwitz.

### Bäckerlehrling.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust zum Bäckerhandwerk hat, findet gute Verhältnisse. Bäcker F. Hahn, Kötzenbroda, Danzstraße 19.

### Schlossergeselle

selbstständig und verleiht in Landmaschinen-Reparatur sofort gesucht. Bewerbungen mit Lohnanspruch und Zeugnisabschrift schriftlich unter K 2160a an das Tageblatt Niesla.

### Versicherungsfachmann

gesucht. Es wird nur Wert auf eine tüchtige Kraft gelegt. Demselben ist auch Gelegenheit gegeben, Kapitalien auf Hypotheken zu vermitteln. Anfr. unt. D 2154 a. d. Tagebl. Niesla.

### Buchhaltungsarbeiten

übernimmt stunden- bis tageweise. In erfahren im Tageblatt Niesla.

### Nerven-

tropfen „Wawil“ seit 24 J. ausgezeichnetes Mittel bei Schlaflosigkeit, zur Herz- u. Nervenstärkung. Per Fl. Lit. 1,50. — Zu haben unter Apotheke i. Gröba Nied. Drogerie i. Niesla.

### Milchvieh-Berkauf

Montag, den 2. Februar, stelle ich eine sehr große Auswahl prima junge, schwere, hochtragende und neuweiliche

### Ostpreußisch-Holländer

Rübe und Kalben unter günstigen Zahlungsbedingungen billig zum Verkauf.

### Georg Otto Ostrau, Sa.

— Fernruf 173. —

### Möbel

neu und gebraucht stets billig zu verkaufen.

### Oskar Messe

Niesla, Bruckgasse 4.

### Provisionsreisende

für Scheuertücher gesucht. Offert. unt. A. 43 an W. Dresden.